

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 24 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 100.— Mt., auswärts 120.— Mt. Anzeigen unter 200.— Mt. auswärts 125.— Mt. Stellenangebote 20.— Mt. Familienangelegenheiten, Ehescheidungen, Verlobungen und Wohnungsangelegenheiten 10.— Mt. Sonstige Anzeigen pro Wort 2.— Mt., das zweite Wort 3.— Mt. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (2 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen, Hauptgeschäftsstelle: Hauptstraße 140, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Wöchentlich 150.— Mt., monatlich 650.— Mt., von der Post abgeholt 641.— Mt. — Drei ins Haus 650.— Mt.

Die Internationale gegen Poinecaré.

Die Internationale gegen die französische Rheinpolitik.

Eine Rede von Otto Wels.

Köln, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale sozialistische Tagung in Köln hat heute folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Das Aktionskomitee hat die Mitteilung des Genossen Wels über die Vorkämpfe, unter denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes leidet, mit besonderer Aufmerksamkeit entgegenzunehmen und fordert die sozialistische Presse auf, diese Tatsachen zur Kenntnis der Weltöffentlichkeit zu bringen. Das Aktionskomitee lenkt mit besonderem Nachdruck die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die schweren Gefahren hin, die für den Weltfrieden aus der durch das Scheitern der Pariser Konferenz geschaffenen Lage entstehen. Es beklagt nachdrücklich die Beschlüsse von Haag und Frankfurt über die Notwendigkeit, so rasch als möglich den militärischen Besetzungen durch Truppen alliierter Nationen ein Ende zu machen und die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gebiete in der von den proletarischen Organisationen vorgeschlagenen Weise durchzuführen. Das Aktionskomitee protestiert mit aller Kraft gegen die Politik, die unter dem Vorwand der Währungsreform eine militärische Besetzung des Ruhrgebietes, besetzen läßt und fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Politik mit Entschlossenheit zu bekämpfen.

Wels kennzeichnete in seiner Rede scharf das Verhalten der Besatzungsmächte und wies vor allem hin auf die unheimlichen Verhältnisse in der Ruhr. Er fuhr dann fort: „Mit allem Nachdruck und in vollem Bewußtsein einer Verantwortung vor der Welt: Wenn diesem Vandalismus der Besatzungsmächte nicht ein Ende gemacht wird, so wird es der deutschen Sozialdemokratie unmöglich sein, für die Erfüllung der Forderungen der Legitimität und der Gerechtigkeit einzutreten. Das deutsche Volk leidet nicht zu große Not, als daß ihm länger zugemutet werden kann, hier zu bleiben, die nachweisbar nicht dem Weltfrieden, sondern der Zerstörung und der Verberberung fremder Völker und Rassen dienen, sondern in der Hauptstadt in das Ausland zu wandern und nur neue Räte und Sorgen bei den eigenen Volksgenossen erregen.“

Das Abrüstungsproblem besteht, soweit Deutschland in Frage kommt, heute nicht mehr. Das Reparationsproblem und in enger, unheilbarer Verbindung mit ihm das Problem der Okkupationen ist akuter denn je, und es wird wahrscheinlich zur Zeit des Hamburger Kongresses noch immer nicht gelöst sein.

Aus diesem Grunde schlägt (1) vor: 1. Die Frage „Reparations- und Okkupationen“ wird als ein besonderer Punkt auf die Tagesordnung der Internationalen Tagung in Hamburg gesetzt. 2. Als Grundlage des Referates und der Debatte über diese Frage soll ein Bericht dienen, den eine hier einzusetzende internationale Kommission verfassen soll, die die Zustände im besetzten Gebiet unter besonderer Berücksichtigung ihrer Zusammenhänge mit der Reparationsfrage zu untersuchen hätte. 3. Die Internationale sozialistische Presse soll schon jetzt darum ersucht werden, ihr besonderes Augenmerk auf diese Frage zu richten, und den parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien wird empfohlen, bei passenden Gelegenheiten die geschilderten Zustände zu beschreiben.

Was noch vor einem Jahre als fühner Zukunftsbedanke erscheinen konnte, nämlich die beschleunigte Räumung des besetzten Gebietes, ist seitdem immer mehr zum Gemeingut auch der bürgerlichen politischen Welt geworden.

Es liegt im Interesse der Internationale, daß ein Gebanke, den sie zu allererst auszusprechen gewagt hat, nicht von den bürgerlichen Regierungen, die seine Richtigkeit viel früher erkannt haben, verwirklicht wird, ohne daß der Sozialismus die Völker auf sein geistiges Prioritätsrecht aufmerksam mache.“

Französische Sozialistenkundgebungen gegen Poinecaré.

Aus Paris wird gemeldet:

Vorgestern Abend hat hier eine von der französischen Gewerkschaftszentrale, der sozialistischen Partei und der Liga für Menschenrechte veranstaltete Kundgebung zum ersten Mal die Regelung der Reparationsfrage diskutiert. Für die Gewerkschaften sprach Jouhaux, für die Partei der Abgeordnete Blum und für die Liga der Abgeordnete und ehemalige Minister Paul Boncour. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung feierlich eine Postkarte ablehnt, die Frankreich zum mindesten dem Verzicht auf eine verheißene Union des besetzten Gebietes oder die Zerstörung der deutschen Einheit zu betreiben, also gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verstoßen. Die Versammlung erklärt sich gegen eine Brutalität und Rassistik und verlangt, daß der Konflikt dem Schiedspruch des Völkerbundes unterworfen werde.

In Marseille und Loulon haben ebenfalls die Sozialistische Partei, die Liga für Menschenrechte und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Kundgebungen veranstaltet. Es wurde dieselbe Resolution angenommen.

Vor der französischen „Aktion“.

Heute Nachmittag wird ein Vertreter der deutschen Reichsregierung von der Reparationskommission über die Frage der „Verfehlung“ Deutschlands in den Kohlenlieferungen angehört werden. Barthou hatte sich dagegen gewandt, der Beschluß wurde dann aber auf Drängen Bradburns doch gefaßt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Stellungnahme der Reparationskommission dadurch wesentlich verändert wird. Nach Erledigung der „Verfehlungs“-Frage wird die Kommission sich mit dem deutschen Moratoriumsantrag beschäftigen. Gleichzeitig werden aber von Frankreich bereits die Vorbereitungen getroffen, um seine Sonderaktion in Westdeutschland durchzuführen. Ueber den Inhalt der französischen Maßnahmen liegen nur Privatmeldungen vor, die der offizielle „Temps“ durchweg als bloße Mutmaßungen bezeichnet. Auch in London scheint man darüber noch nicht genau unterrichtet zu sein, da eine endgültige Stellungnahme bis zur genauen Bekanntgabe der französischen Maßnahmen dort vorbehalten wird. Jedenfalls dürfte es sich um Beschlagnahme der Staatsforsten in Rheinland durch Frankreich und vielleicht auch durch Belgien handeln, ferner um Einhebung der Kohlensteuer und der Ausfuhrabgabe durch französische Beamte, deren Unterstützung durch militärische Kräfte von der Haltung der deutschen Beamten und der rheinischen Bevölkerung abhängen dürfte.

England dürfte sich mit Protest begnügen. Der Optimismus, den man in gewissen Berliner, Hamburger und Londoner Kreisen in Bezug auf das Eingreifen Amerikas zur Schau trug, und vor dem wir von vornherein gewarnt haben, wird durch die neuesten Meldungen aus Washington wohl endgültig zerstört. Poinecaré bemüht sich inzwischen, die ihn unterstützende kontinentale Mächtekombination mit Italien und Belgien durch eifrige Einwirkung auf die Regierung in Prag, Warschau, Bukarest und Belgrad zu rücken. Ueber den Termin seiner Aktion verbreitet er ebenjohliches Dunkel wie über ihren Inhalt. Es dürfte von den Verhandlungen der Reparationskommission, aber auch von denen der französischen Kammer abhängen, in der am Mittwoch eine außenpolitische Debatte beginnen soll. Jedenfalls müssen wir uns für das Rheinland und die Reichsfinanzen auf das Schlimmste schon für diese Woche gefaßt machen.

Beringerte Aussicht auf Eingreifen Washingtons.

Zurückziehung der amerikanischen Rheintruppen wieder in Aussicht.

Nach einer Neutermeldung aus Washington hat der Senat die Entschliegung Reeds angenommen, welche die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinflande fordert.

Reuter meldet: Die Möglichkeit eines Eintritts Amerikas in das europäische Reparationsproblem ist verringert worden durch den Senatsbeschluß über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein. Die amtliche Stellung zu der gegenwärtigen Lage wird bezeichnet als diejenige eines wohlwollenden Zuschauers. In Freundschaft mit allen an der Krise beteiligten Parteien wird Amerika mit seinen guten Diensten und seinen wirtschaftlichen Kräften jederzeit zur Verfügung stehen, wenn der Weg für eine Hilfe frei ist.

Das Reutersche Büro berichtet aus Washington, daß gestern im Welken Hause erklärt wurde, daß die Frage der amerikanischen Vertretung in der Reparationskommission, wie sie vom Senator Robinson vorgeschlagen wurde, infolge der Entwicklung in Paris aufgehört habe, von dringender Bedeutung zu sein.

Will auch Amerika Land statt Geld?

Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Washington hat Senator Reed eine Entschliegung eingebracht, der zufolge das Staatsdepartement bei der englischen Regierung anfragen soll, ob sie bereit sei, zur Regelung ihrer Schuld bei Amerika über die Abtretung von Trinidad zu verhandeln. Ebenso soll von Frankreich die Abtretung gewisser, zu den Antillen gehöriger Inseln verlangt werden.

Ein Dollar (vorbörslich) 9000 Mark.

Eine Rede Macdonalds gegen die französische Politik.

Reuter zufolge hielt der Abgeordnete Genosse Ramsay Macdonald gestern in Port Talbot eine Rede über die Reparationsfrage, in der er u. a. sagte: „Ich glaube, es ist hohe Zeit, daß wir uns alle klar machen, daß das Problem, welches wir jetzt zu lösen haben, von neuem in Angriff genommen werden muß. Wir sollen hier aber einen neuen Anfang machen angesichts der Tatsache, daß die französische Politik gegen uns stehen wird. Ich halte noch immer die Ansichten aufrecht, die die Arbeiterpartei vor drei Jahren verfaßt hat: 1. die Reparationssumme muß endgültig festgelegt werden; 2. muß sie sowohl hinsichtlich der Zahlungen, als auch der Sachlieferungen so sein, daß Deutschland sie leisten kann und daß alle empfangenden Länder sie aufnehmen können; 3. sie muß nicht lediglich danach bemessen werden, was Deutschland jetzt leisten kann, sondern danach, was es zahlen kann, wenn es sich nach Ablauf des notwendigen Moratoriums erholt hat.“

Der Reichstag

wird nicht, wie nach Abschluß der Pariser Konferenz beabsichtigt war, am 10. Januar, sondern erst am 18. Januar nachmittags zusammentreten. Voraussetzlich wird sich das Plenum an diesem Tage mit den neuen Finanzkrediten aus Anlaß der Beförderung der Tarife und des Schiedsgerichtes usw. befassen. Mit der außenpolitischen Lage soll sich vorläufig der Auswärtige Ausschuss am Mittwoch beschäftigen und einen Bericht des Reichskanzlers entgegennehmen, der der Presse zur Verfügung gestellt werden soll. Im Plenum selbst wird die außenpolitische Debatte erst am 17. Januar beginnen.

Die „Zeit“ hält es anlässlich der Situation und in Anbetracht der Tatsache, daß von einer Rundgebung des Reichstags nach allen bisherigen Erfahrungen kein ungetriebener, durchaus einmütiger Eindruck zu erwarten ist, für angebracht, einen Vertretungsbeschluß des Auswärtigen Ausschusses für die Regierung Cuno zu empfehlen. Soweit uns bekannt, ist hierüber bis jetzt nicht verhandelt worden; im übrigen aber waren derartige Methoden bisher auch noch nicht üblich.

Staatssekretär Bergmann ist am Sonnabend Abend 6 Uhr in Berlin eingetroffen. Er wurde um 8 Uhr vom Reichskanzler zur Berichterstattung über seine Eindrücke in Paris empfangen. Das Reichskabinett wird auf Grund der von Bergmann überbrachten Informationen am Montag zusammentreten und zur außenpolitischen Lage Stellung nehmen.

Neuer Kurs in der Lohnpolitik.

Uns wird geschrieben:

Trotz des Stillstandes in der Geldentwertung von Ende November bis Ende Dezember sind die Lebenshaltungskosten stark gestiegen. Eine Anpassung der Löhne an die steigenden Preise ist deshalb erforderlich, sofern man nicht eine starke Verschlechterung der Lebenshaltung beabsichtigt. Die Anpassung der Löhne an die steigenden Preise im Jahre 1922 war gewiß stets unzulänglich. Trotzdem leisteten auch in den Monaten März bis Juni, als die Markverhältnismäßig stabil war, Regierung und Unternehmer keinen prinzipiellen Widerstand gegen Lohnerhöhungen.

Unter der Regierung Cuno scheint gerade darin eine entscheidende Wandlung eingetreten zu sein. Will man etwa nur auf diesem Gebiet positive Leistungen vollbringen? Der berechtigte Wunsch der Bergarbeiter nach Erhöhung der Löhne begegnet jetzt ebenso heftigem Widerstand, als es entsprechende Verlangen der Reichsarbeiter und anderer Arbeitergruppen. Vieles deutet darauf hin, daß dieser Widerstand nicht zufällig zur gleichen Zeit erfolgt, sondern daß er der Ausfluß des Willens einer bestimmten Stelle in der Reichsregierung ist, die hier in Verbindung mit der Industrie einen neuen Kurs in der Lohnpolitik einschlägt. Daraus zutreffend weiß nämlich auch der Bergarbeiterverband auf den Reichswirtschaftsminister Becker als den besonders für die augenblicklichen Schwierigkeiten im Bergbau Verantwortlichen hin.

Diese Tatsache zwingt zu einigen allgemeinen Bemerkungen, die die Bedeutung dieser Vorgänge von allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten aus erkennen lassen. Der Beginn dieses Widerstandes des Reiches und der Unternehmer gegen die Anpassung an die Geldentwertung reicht bis Anfang Dezember zurück, also in jene Zeit, in der man mit der Möglichkeit einer Stabilisierung der Mark rechnete. Wie die Abhängigkeit der Abneigung gegen die Erhöhung der Geldlöhne die Folge der Krönung, alle Lasten, die bei einer Stabilisierung der Mark entstehen könnten, auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen. Bei der durch die Preispolitik der Unternehmer hervorgerufenen An-

Udherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise rechnet man mit der Notwendigkeit ihrer Senkung. Durch eine Herabdrückung der Löhne will man sich schadlos halten. Seit Monaten angefündigt, haben deshalb die Unternehmer die geringe Verlängerung der Preissteigerungen im Monat Dezember benutzt, um, unterstützt von der Regierung Cuno, die Absichten auf Herabdrückung der Löhne durchzuführen.

Dass man sich dabei zuerst die Bergarbeiter vorgenommen hat, ist eine besondere Kurzsichtigkeit und beweist den völligen Mangel an sozialem und wirtschaftlichem Verständnis. Der Reallohn des Bergarbeiters ist an und für sich bereits sehr stark gesunken, er wird außerdem verspätet ausgezahlt. Der Bergarbeiter muß mit dem Lohn für November, der auf den Feiertagszahlen des Oktober beruht, den Lebensunterhalt für Dezember bestreiten! Bei dieser Sachlage gefährdet jeder weitere Rückgang des Reallohnes die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter, erhöht die Gefahr des Rückganges der gesamten Kohlenproduktion und bedroht somit die allgemeine Wirtschaft.

Aber auch abgesehen von den besonderen Verhältnissen der Bergarbeiter, ist die Verweigerung der Erhöhung der Geldlöhne angesichts der ununterbrochenen, schnellen und starken Erhöhung der Preise durchaus unerbittlich. Die rasche Geldentwertung der letzten Monate hat den Reallohn von September bis November um mehr als 30 Prozent zurückgehen lassen. Je rascher die Geldentwertung vor sich geht, um so schwieriger wird eben die Erhaltung des Reallohnes. In einer bereits Anfang 1922 erschienenen Schrift „Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten“ schreibt der Breslauer Professor Bräuer:

Die fortschreitende Geldentwertung hat nun schrittweise die bisherigen Verhältnisse umschaltet. Je größer das Maß und je schneller das Tempo der Geldentwertung ist, desto mehr wächst die Reizung der Löhne und Gehälter, hinter dem Maß der Verteuerung des Lebensmittelpreises zurückzubleiben. Aus diesem Grunde laßt auf den Gehältern und Löhnen ein fortwährender Druck in der Richtung nach der Untergrenze, dem absoluten Existenzminimum zu.

Verweigert man angesichts dieser Lage den Arbeitern die Erhöhung ihrer Geldlöhne, so ist das gleich dem Versuch der erheblichen Herabminderung des Reallohnes.

Man berufen sich die Unternehmer gern auf das Ausland. Beim Umschwung der Konjunktur seien auch hier die Löhne herabgesetzt worden. Die Tatsache des Lohnabbaues im Ausland ist richtig. Er ist jedoch erst erfolgt, nachdem erstens die Lebenshaltungskosten bereits monatelang gesunken waren. Der Lohnabbau folgte also dem Preisabbau, während er nach den Wünschen der deutschen Unternehmer dem Preisabbau vorangehen soll. Zweitens ist aber auch in allen valutatarken Ländern die Herabsetzung der Geldlöhne keine Herabsetzung des Reallohnes gewesen. Alle Angaben über die Lohnverhältnisse im Ausland lassen erkennen, daß die fortgesetzte Herabsetzung der Geldlöhne in den valutatarken Ländern nirgends den Reallohn unter den Vorkriegsstand herabgedrückt hat. Im Gegenteil. Auch nach etwa anderthalbjähriger Dauer der Periode der Lohnherabsetzungen war der Reallohn noch überall und zum Teil sehr erheblich höher als vorher.

Es unterliegt deshalb keinem Zweifel, daß die deutsche Arbeiterklasse dem Versuch der Minderung ihres realen Gehaltes erheblich gesunkenen Reallohnes schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird. Die Verantwortung für die daraus entstehenden Kämpfe, für die Unruhe im Wirtschaftsleben, für den drohenden Rückgang der Arbeitsleistung der Arbeiter und der deutschen Gesamtproduktion tragen dann aber die Unternehmer und die Regierung Cuno, mit deren Einverständnis anscheinend die Unternehmer diese Kämpfe heraufbeschworen. Wir möchten deshalb rechtzeitig vor den Folgen dieser nur von den Interessen der Unternehmer diktierten Haltung warnen.

Der Aufruf zur internationalen Einigung.

Am 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Sonnabend-Sitzung des Organisationskomitees der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft erfolgte die endgültige Formalisierung des Aufrufs zum internationalen Einigungskongress in Hamburg, der folgenden Wortlaut hat:

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!
Die sozialistische Internationale ist durch den Krieg zerklüftet worden. An ihre Stelle sind einerseits isolierte sozialistische Parteien, andererseits Gruppierungen von Parteien getreten, die nur Teile des Gesamtproletariats repräsentieren.

Dieser Zustand der organisatorischen Zersplitterung hat die schwersten Folgen. Er beeinträchtigt die Kampffähigkeit des Proletariats und er vertieft die Gegensätze in den Anschauungen über die Kampfbedingungen und Kampfmöglichkeiten der nächsten Zukunft.

Bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedeutet dieser Zustand der Zersplitterung für die Arbeiterklasse eine Gefahr, die ans Leben greift. Unter dem unüberwindlichen Zwange der Ereignisse tritt daher immer stärker der Wille der Arbeiter hervor, alle klassenbewußten proletarischen Parteien in gemeinsamen Aufschüben und gemeinsamen Aktionen zu verbinden. Dabei ist es jedoch klar, daß das Ziel einer proletarischen Arbeiter-Internationale, die gleichzeitig das Ideal der Universalität und das der programmatischen Einheit verfolgt, nicht mit einem Schlag erreichbar ist, sondern nur das Ergebnis langer und unermüdlicher Arbeit sein kann.

Während der letzten Jahre des Weltkrieges und der ersten Jahre nach dem Waffenstillstand, sind in den Reihen der Sozialisten tiefschneidende Gegensätze sowohl über die Methoden der Aktionen als auch über die Ansichten der revolutionären Entwicklung des proletarischen Emanzipationskampfes in Erscheinung getreten.

Heute aber befinden wir uns in einer vollständig anderen Phase der Entwicklung. Sowohl auf politischem wie auf ökonomischem Gebiete verläßt die Reaktion von Tag zu Tag ihre Angriffe. Die allgemeine Offensive der Bourgeoisie findet ihren ausgedrücklichsten Ausdruck in dem blutigen Horthy-Regime in Ungarn, in dem siegreichen Faschismus in Italien und im Hakenkreuzertum in Deutschland. In dieser Situation ist es die Hauptaufgabe des Proletariats, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um die reaktionären Antriebe der Bourgeoisie in geistlicher und kräftiger Abwehrkraft entgegenzustellen. Ständen die vergangenen Jahre im Zeichen der Differenzierung, so stehen wir heute im Zeichen der Sammlung der Arbeiterklasse. Am anschaulichsten haben sich diese beiden Phasen in dem Schicksal der sozialistischen Parteien Deutschlands gezeigt. Aber auch in nahezu allen Ländern ist der Wiederaufschluß heute bereits erfolgt oder mindestens sehr nahegerückt.

Aur jene Parteien und Parteigruppen, die sich kommunistisch nennen, arbeiten bemüht dem Einigungsprozeß des Proletariats entgegen, wollen die Meinungsgegensätze nicht innerhalb des Rahmens des Gesamtproletariats austragen, sondern sind zu jeder Strengung kampfbereiter Massenorganisationen bereit, wenn auch nur die kleinsten Vorteile für eine kommunistische Fraktion oder für die Moskauer Regierungspolitik erreichbar scheint.

In diesem Geiste haben die Moskauer Führer im entscheidenden Augenblick den Versuch der Einberufung eines Weltkongresses durch die Erhebungen von London, Moskau und Wien zum Scheitern gebracht. Seither sind die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit der Moskauer Exekutive durch die terroristischen unaufrichtigen Verfolgungen russischer Sozialisten immer größer geworden. Es ist müßig, heute darüber Prophezeiungen zu veräußern, ob die Vereinigung des Gesamtproletariats auf einem einzigen Kongress nur möglich sein wird, wenn die Kommunisten sich von dieser verkehrten Taktik gegenüber den sozialistischen Parteien abwenden oder wenn die kommunistischen Gruppen, wie es in manchen Ländern heute schon der Fall ist, tatsächlich absterben. Auf jeden Fall ist die Möglichkeit, einen Arbeiter-Weltkongress in Gemeinschaft mit der Moskauer Exekutive einzuberufen, auf lange Zeit geschwunden.

Nach den Erfahrungen beim Scheitern der Berliner Konferenz im Mai 1922 blieb kein anderer Weg offen, um dem notwendigen Ziel der Kampffähigkeit nahe zu kommen, als die Einberufung eines internationalen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien.

Dieser Situation entsprechend haben die internationalen Exekutiven von London und Wien das unterzeichnete Komitee mit dem Auftrag eingesetzt, die Vorarbeiten für einen internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zu treffen, der in Hamburg im Gewerkschaftshaus, Felsenbinderhof 57 (Am Ostbahnhof), am 21. Mai 1923, 10 Uhr vormittags, beginnen und voraussichtlich sechs Tage dauern wird. Das Komitee hat sich in eingehenden Beratungen in Köln am 5. und 6. Januar mit der Organisation

dieses Kongresses beschäftigt und schickt folgende provisorische Tagesordnung vor:

1. Der imperialistische Friede und die Aufgabe der Arbeiterklasse;
 2. Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion;
 3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterparteien für die Arbeiterkongresse und die internationale soziale Reformen;
 4. Die Organisation des internationalen Proletariats.
- Das Komitee wird Ende März seine Beschläge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Entwürfe von den Parteien veröffentlichen, die bis zum 10. März 1923 bei Tom Shaw, 25, Victoria Street, London W., oder bei Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wienstraße 97, eingelaufen sind.

In die gleiche Adresse ist bis zum 10. März die ungefähre Zahl der Delegierten mitzuteilen. Als Richtschnur hat das Organisationskomitee angenommen, daß auf 3000 Parteimitglieder ein Delegierter entsandt werden kann und die Höchstzahl der Vertreter jedes Landes auf fünfzig beschränkt wird.

Der Neuaufbau der Internationale kann nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Parteigruppe sein. Er muß hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander. Dieser Anpassungsprozeß, der in den geistigen Ringen um Uebereinstimmung der Auffassungen wartet, muß, bedarf der Zeit. Die internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in dem Momente ihrer Entstehung nicht das Ergebnis der prinzipiellen Uebereinstimmung aller in ihr vertretenen Parteien sein. Sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Uebereinstimmung näher zu kommen. Indem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch intensive gemeinschaftliche Arbeit ihre Uebereinstimmung über die Ziele und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung unermüdlich zu verfestigen, werden sie in immer weiterem Umfang die notwendigen Basis für gemeinsame Aktionen des Proletariats bilden.

Von diesen Ermüdungen ausgehend, kann es nicht die Aufgabe der Einberufung des internationalen Kongresses sein, die Arbeit der künftigen internationalen Organisation vorwegzunehmen, sondern sie muß sich darauf beschränken, jene Gesichtspunkte zu kennzeichnen, die praktisch den Kreis von Parteien abstecken, die sich zu einer Zusammenarbeit, die positive Ergebnisse verpricht, vereinigbar sind. Das unterzeichnete Komitee läßt daher zu dem Hamburger Kongress alle sozialistischen Arbeiterparteien ein, die 1. in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Kampfsystem das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen, 2. in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung die durch den internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes anerkennen, 3. die Resolution des Haager Weltfriedenskongresses (1922) über die Ausführung der Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden als gegenwärtige Basis für den Kampf gegen die Kriegsgesfahr betrachten und die Notwendigkeit anerkennen, zu einer vollständigen Kartellierung über das Verhalten der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen, 4. die internationale Organisation nicht nur als ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso als ein unentbehrliches Instrument während eines Krieges anzuerkennen, 5. nach Gründung einer sozialistischen Internationale keiner außerhalb dieser sozialistischen Internationale bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören; und die Beschlässe dieser sozialistischen Internationale als bindend für sich anzuerkennen.

Alle Parteien, die gewillt sind, an der harten und unermüdlichen Arbeit mitzumachen, die notwendig ist, um das Proletariat für gemeinsame internationale Aktionen vorzubereiten, hoffen wir auf dem Hamburger Kongress vertreten zu sehen.

Das Sekretariat
der sozialistischen Exekutiven zu London und Wien.
gez. Abrahamowitz, Friedrich Adler, Brack, Crispian, Tom Shaw, Stauning, Vandervelde, Wallhead, Wels.

Kriegsexplosion in der bulgarischen Hauptstadt.

Im Mittelpunkt der Stadt Sofia explodierten Zündstoffe, die aus der von der Regierung gemäß dem Friedensvertrag an die internationalisierte Militärkommission abgelieferten, von dieser an Privatleute veräußerten Munition stammten. Sie lagerten ohne Erlaubnis der Behörden in einer, einer Privatperson gehörigen Schmelzwerkstatt. Etwa 10 benachbarte Gebäude sind zerstört. Bisher sind 20 Tote und eine große Anzahl Verletzte festzustellen.

Die ewigen Kämpfe in Irland.

Das neuterliche Wairo meldet aus Dublin: Die Aufständischen bemühten sich auf einer Eisenbahnstrecke in Voh eine Lokomotive und ließen die Eisenbahnlinie entlang gegen einen Personenzug laufen. Mehrere Wagen wurden zertrümmert und einige Personen verwundet.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair.

24] (Nachdruck verboten.)

Zimmermann sagte gar nichts, und der Filmkönig wachte ihm die künstlerischen Triumphe aus, die er erlangen würde. Ich werde für Sie einen Film machen, wie er noch nie gesehen worden ist. Sie können in dem Stück tun was Sie wollen — alles tun, was Ihnen Freude macht, brauchen nichts zu tun, was Ihnen widerstrebt. Dies hat ich noch keinem Menschen an; Sie aber lehne ich, Herr Zimmermann, verlange von Ihnen bloß, daß Sie Kräfte heilen, Mobs beruhigen, wie Sie es heute taten. Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, will es auch, falls Sie es wollen, in den Kontrakt aufnehmen, daß ich nur Bilder aus der Bibel aufhängen werde.

„Das ist sehr freundlich von Ihnen, Herr T. S., und ich danke Ihnen für das Kompliment, das Sie mir machen. Sie werden für meine Rolle jemand anderen suchen müssen.“

„Bedenken Sie doch, Herr Zimmermann, was es für Sie bedeuten würde, jede Woche tausend Dollars zu erhalten. Sie könnten alle Kinder der Straße füttern. Reinetwegen dürften Sie auch meine eigenen freilebenden Arbeiter füttern, falls in der „Ewigen Stadt“ ein Streit ausbricht. Tausend Dollars die Woche sind ein schönes Stück Geld.“

„Das weiß ich, mein Freund.“

„Reizt noch; ich bin bereit, Ihnen bei Unterschritt des Kontrakts fünfzehnhundert Dollars zu zahlen — mit diesem Geld können die Streiker vielleicht sogar das Prinz-Restaurant besetzen.“ Und als Zimmermann noch immer den Kopf schüttelte, fügte er hinzu: „Ich gebe noch höher, mein Freund, aber dies ist mein letztes Angebot.“

„Ich bin bereit, Ihnen fünfzehnhundert Dollars die Woche zu zahlen, habe noch nie einem unbekanntem Schauspieler losgelassen, und ich glaube, in anderer Branche hat auch kein anderer dies getan.“

„Herr Zimmermann, Mittelste noch immer den Kopf.“

„Wollen Sie mir sagen, weshalb Sie nicht auf mein Angebot eingehen, Herr Zimmermann?“

„Freilich. Sie sagen, ich solle für Sie die Mobs beruhigen, doch gibt es in Ihrem Geschäft Mobs, mit denen ich nicht fertig werden könnte.“

„Was für Mobs?“

„Unter anderen auch Sie selbst.“

„Ich?“

„Ja, Sie sind ein Mob — ein Geldmob! Sie erstürmen die Seelen der Männer und Frauen. Es bedarf einer größeren Macht, um mit Ihnen fertig zu werden.“

„Ich verstehe Sie nicht“, sagte T. S. hilflos; er überlegte ein wenig, fuhr dann fort: „Ich gebe ja zu, daß ich ein vulgärer Mensch bin, Herr Zimmermann, und auch meine Films sind nicht hohe Kunst. Aber wenn Sie mit mir arbeiten wollten, so würden wir Erziehungsfilme machen. Sie sind, was man einen Prophezen nennt, haben der Welt eine Botschaft zu bringen; weshalb wollen Sie nicht, daß ich für Sie diese Botschaft verbringe? Benutzen Sie meinen Apparat, so können Sie zu einer Millionäre Menschen sprechen. Das ist kein Scherz; ich bringe Sie alle zu Ihnen — die Spanier, die Chinesen, die Negler — die wohlhabenden Schwarzen, die Ihre Missionare treffen, wenn Sie zu ihnen kommen. Ich biete Ihnen die ganze Welt an, Herr Zimmermann. Sie könnten der Herr sein.“

Zimmermann wurde plötzlich sehr ernst. „Mein Freund“, sprach er, „vor langer Zeit lebte ein Prophet, dem wurde die Welt angeboten. Es wird uns erzählt: „Wiederum führte ihn der Teufel mit sich auf einen sehr hohen Berg und zeigte ihm alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit und sprach zu ihm: das alles will ich dir geben, so du niederfällst und mich anbetest.“

Erinnern Sie sich dieser Erzählung, Herr T. S.“

„Nein, ich bin kein Literat.“ Jedenfalls aber bemerkte T. S., die Geschichte sei nicht gerade schmeichelhaft für ihn, und er zeigte, daß er getränkt sei. „Ich sage Ihnen, Herr Zimmermann, kennen Sie mich besser, Sie würden mich nicht einen Teufel nennen.“

Der andere legte dem großen Mann die Hand auf die Schulter. „Ich glaube es Ihnen, mein Freund, ich hoffe die Sünde, aber ich liebe den Ender. Wissen Sie was, kommen Sie heute mit mir mittagessen.“

„Mittagessen?“ fragte T. S. verblüfft.

„Ich dinierte gestern Abend mit Ihnen. Kommen Sie jetzt mit mir mittagessen.“

„Wo, Herr Zimmermann?“

„Als ich mit Ihnen ging, fragte ich nicht, wohin Sie mich führen.“

Zimmermann winkte mir und Everett, dem Sekretär, und wir vier verließen das Zimmer. Ich befand mich ebenso im Ungewissen wie der Filmkönig, doch schweig ich. Zimmermann führte uns zum Jahrsfuß und dann auf die Straße hinaus.

„Nein“, sprach er zu T. S., „Sie brauchen nicht Ihr Automobil zu benutzen. Wir gehen bloß um die Ecke.“ Er schob seinen Arm in den des Filmkönigs und führte ihn die Straße entlang — zum geringen Freude seines Opfers, denn bereits folgte uns eine erstaunte Menge. Die Leute hatten schon die Nachmittagblätter gelesen; es war nicht länger möglich, unbemerkt dahinzumanebeln, zusammen mit einem Propheten, der eben von Gott kommt und schon vor dem Frühstück Kranke heilt und Mobs beschwichtigt. T. S. sah die Zähne zusammen, ertrug geduldig alles, hoffend, es werde ihm zu seinem Kontakt verhelfen.

Wir bogten um die Ecke, und da ich sah, was vor uns lag, führte ich fast vor Bergzügen. Es war zu gut, um wahr zu sein. Zimmermann hatte von den Streikern erfahren, wo sich ihre Streikfläche befand, und nun kloppte er mit waghalsiger Kühnheit den Filmkönig dorthin.

Wir betraten einen leeren Schuppen, in dem bloß lange Tische und alte ungepolsterte Bänke standen. Hier saßen in Reihen Frauen und Kinder; vor jedem stand eine Tasse dünner Suppe und eine Blechtafel mit einem bestrickten Gefäß, das man aus höllischer Zeit Rastee nannte. Die Statisten von T. S. Proletariats hatten ein bezauberndes Mädel verachtet, aber nun sollte T. S. ein gutes Reiz sein, auf einer ungesegneten Bank sitzen, es verzeihen.

Und dies war noch nicht alles. Während mit einem Tisch aufstehen, wandte ich Zimmermann an den Filmkönig, sprach ohne die geringste Spur von Verlegenheit: „Sie wissen ja, Herr T. S., daß ich kein Geld habe, aber wir müssen hier bezahlen.“

„Natürlich“, erwiderte T. S. rasch. „Ich werde zahlen.“

„Danke.“ Und Zimmermann wandte sich an einen der Gewerkschaftsbeamten, den er am Morgen kennengelernt hatte. Er stellte uns alle vor und sagte: „Herr T. S. ist ein Filmstar, er möchte gern hier Mittagessen, wenn ihm es gestattet.“

„Gewiß“, entgegnete der Beamte freundlich.

„Er wird das Essen bezahlen. Hat tausend Dollars dafür mitgebracht.“

T. S. fuhr zusammen, als habe er einen Schlag erhalten, und auch der Beamte fuhr zusammen, rief: „Wie?“

(Fortsetzung folgt.)

Entwurf eines Arbeitskammergesetzes für Sachsen.

Das sächsische Arbeitsministerium hat den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes herausgebracht. Die Begründung dieses Vorhabens enthält ungewöhnlich eine scharfe Beurteilung der Verschleppung der Aufgaben, die dem Reich nach Artikel 165 der Reichsverfassung obliegen.

„Es ist auszugehen“, heißt es in der Begründung des Entwurfs, „daß die für Sachsen gesonderte landesgesetzliche Regelung der Arbeitnehmervertretung nicht notwendig wäre, wenn das Reich dem Aufbau und den Aufgaben der Arbeitskammer nicht nur die verfassungsmäßigen, sondern auch die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zur praktischen Wirksamkeit gegeben hätte.“ Allein die Reichsregierung hat sich bisher damit begnügt, nur den Grund des Rätebaues, die Betriebsvertretung zu schaffen, worauf sie ein sehr lustiges Dada, den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, gesetzt hat. Die Errichtung der Betriebswirtschaftsräte bildet bereits über zweieinhalb Jahre lang den Gegenstand eingehender Beratungen der Reichsregierung und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Wann sie endlich erfolgen wird, ist noch nicht abzusehen. Da sich aber für Sachsen die Errichtung gesetzlich geordneter Arbeitnehmervertretungen nicht mehr aufhalten läßt, hat die sächsische Regierung auf die reichsrechtliche Fertigstellung des Rätebaues nicht länger warten wollen. Wohl sind in Sachsen durch die gesetzliche Regelung des Aufbaues und der Aufgaben der Handels- und Gewerbestammern und des Landeskulturrates schon seit langem amtlich anerkannte Berufsvertretungen geschaffen. Ihre Entwicklung als natürliche Folge ihrer einstigen Zusammenfassung ging aber mehr und mehr dahin, daß sie Wirkkraft und Unternehmensehre identifizieren, sich als nahezu reine Arbeitgebervertretungen gestalten, in denen die Interessen der Arbeitnehmer einerseits nur sehr bescheidenen Raum finden konnten. Damit fehlten den Behörden auf neutraler Grundlage aufgebaute Organe, die sie in reinen Arbeitnehmerfragen objektiv beraten konnten. Dieser Mangel sei in den letzten Jahren umso fühlbarer geworden, je nachhaltiger die Interessen der Sozialpolitik neben die der Wirtschaftspolitik traten und je mehr es galt, die Arbeitnehmer als sozialpolitisch zu schützen und wirtschaftlich als mitbewerbende Körper in den Produktionsprozess einzufügen. Darin hinaus sei aus dem Bedürfnis immer stärker geworden, Angelegenheiten der Arbeitnehmer, soweit sie von denen anderer Volksteile nicht losgelöst werden können, durch Gemeinschaftsorgane beraten und beschließen zu lassen und so die Behörden in die Lage zu setzen, sich bei Beurteilung und Förderung derartiger Angelegenheiten auf wirklich brauchbare Unterlagen zu stützen. Dem Verlangen nach Schaffung einer amtlich anerkannten Berufsvertretung für die Arbeitnehmer und eines Gremiums von Vertretern von Arbeitnehmern und aus sonst beteiligten Volksteilen, will der vorliegende Entwurf Rechnung tragen.

Der Aufbau der Arbeitskammer ist in folgender Weise vorgesehen: Es wird eine Landesarbeitskammer mit dem Sitz in Dresden errichtet. In den fünf Bezirken der Gewerbestammern werden Bezirksarbeitskammern gebildet. Die Landesarbeitskammer setzt sich aus vier Fachabteilungen zusammen, wozu Handel, Industrie und Bergbau 45 Mitglieder, Handwerk und Kleinergewerbe 15 Mitglieder, Land- und Forstwirtschaft samt Gartenbau 30 Mitglieder und die übrigen Gewerbe- und Berufsweige 10 Mitglieder. Die Bezirksarbeitskammern bestehen aus je 60 Mitgliedern, wovon je 20 zur Landesarbeitskammer kommen. Die Kammer ist Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das Arbeitsministerium hat das Aufsichtsrecht über die Landesarbeitskammer und das Oberaufsichtsrecht über die Bezirksarbeitskammern, die dem Aufsichtsrecht der zuständigen Kreisoberaufsicht unterstehen. Die Bezirksarbeitskammern sind für alle Angelegenheiten zuständig, die die Arbeitnehmer ihres Bezirkes betreffen, für Angelegenheiten mehrerer Bezirke die Landesarbeitskammern, für sachliche Angelegenheiten, die über den Rahmen eines Bezirkes hinausgehen, die Fachabteilungen der Landesammer. Aufgabe der Kammer und Fachabteilungen ist die Unterstützung der Regierung, einer Behörde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, in den die Gesamtheit der Arbeitnehmer betreffende Fragen grundsätzlicher Art den gemeinsamen und den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu dienen. Ihre Wirksamkeit ist hauptsächlich gutachtlichen Charakters, doch können sie außerdem der Regierung Wünsche, Beschwerden, Anregungen und Vorschläge unterbreiten. Die Kammer und die Fachabteilungen können ferner mit den öffentlichen landesrechtlichen gesetzlich geordneten berufständigen Vertretungsorganen als Gemeinschaftsorgane zu gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung zusammenzutreten, soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten der Arbeitnehmer handelt. Die Mitglieder der Bezirksarbeitskammern werden von den in den Bezirken tätigen Arbeitnehmern aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl auf drei Jahre gewählt. Das Amt eines Mitgliedes der Bezirksarbeitskammer mit Ausnahme des Geschäftsführers ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Doch können den Mitgliedern die Reichslohn erlaubt und ihnen für sonstige Aufwendungen angemessene Vergütungen gewährt werden.

Die Mitglieder der Landesammer werden nach Maßgabe des Wahlgesetzes in unmittelbarer und geheimer Wahl auf drei Jahre in der Weise gewählt, daß alle Mitglieder, die Angehörige derselben Fachgruppe sind, je einen Wahlkörper ihrer Fachabteilung bilden. Die Landesammer wählt aus ihrer Mitte ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, die mit sechs weiteren aus der Mitte der Kammer von ihr gewählten Mitgliedern und dem Geschäftsführer den Vorstand bilden. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Kammer erwachsenden Kosten sind, soweit sie nicht anderweitig Deckung finden, von den durch die Kammer vertretenen Arbeitnehmern zu tragen. Die Beiträge sind von den Arbeitnehmern unmittelbar durch die Gemeindebehörden zu erheben.

Die Schlußbestimmungen des Entwurfs, auf den wir hier nicht ausführlicher eingehen können, sagen nur, wenn eine Kammer ungenügend wiederholter Aufforderung des Arbeitsministeriums die Erfüllung ihrer Aufgaben vernachlässigt, sich gegenwärtiger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch die das Gemeinwohl gefährdet wird, oder andere als die gesetzlich festgelegten Zwecke verfolgt, kann das Arbeitsministerium sie auflösen und Neuwahlen anordnen. Das Arbeitsministerium ist befugt, Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen.

Der Entwurf betont ausdrücklich, daß auf Artikel 165 der Reichsverfassung Rücksicht zu nehmen war, die Kompetenz der Landesgesetzgebung nicht überschritten werden durfte. Aufbau und Aufgaben der Arbeitskammer unterscheiden sich daher wesentlich von denen der Betriebswirtschaftsräte und können daher nicht als gesetzliche Vertretungen im Sinne des Artikels 165 angesehen werden. Umso mehr ist zu wünschen, daß der Entwurf alsbald Gesetz wird und so dazu beiträgt, die reichsrechtliche Schaffung der Arbeitnehmervertretungen, insbesondere der Betriebswirtschaftsräte, endlich in Fluß zu bringen.

Die deutsche Notgemeinschaft

kann, wie uns mitgeteilt wird, bereits auf ansehnliche Erfolge zurückblicken. In der Stadt Göttingen waren bis zum 12. Dezember 3,6 Millionen Mark in bar und 3000 Zentner Lebensmittel gesammelt worden. Ähnliche erfreuliche Hilfsbereitschaft wird auch von anderen Orten gemeldet. Der Ausgabebestand des Reichsarbeitsministeriums beträgt zurzeit 8 Millionen Mark. Der Hauptzufluß an finanziellen Mitteln wird für die aller nächste Zeit erwartet. Man rechnet mit einem Eingang von mindestens 100 Millionen Mark.

Werkwürdige Ergebnisse der Volkszählung in Tschechisch-Schlesien.

Das statistische Staatsamt der Tschechoslowakei veröffentlicht in der eben erschienenen Nummer 55 seiner Mitteilungen die Ergebnisse der Volkszählung in Tschechisch-Schlesien vom 16. Februar 1921. Aus der Statistik wird zunächst ersichtlich, daß sich die Bevölkerung Schlesiens einschließlich des Hultschiner und des Teschener Gebietes seit dem Jahre 1910 von 656 442 auf 672 272 Einwohner vermehrt hat. Unter den Ergebnissen der tschechoslowakischen Volkszählung ist am auffälligsten die durch diese Volkszählung festgestellte Verschiebung der nationalen Verhältnisse seit der letzten Zählung im Frieden. Damals wurden in Schlesien 214 486, dagegen im Jahre 1921 206 194 Tschechen und Slowaken gezählt. Die Zahl der Deutschen ist dank der tschechoslowakischen Volkszählung von 286 809 auf 252 369 gesunken. Geradezu verblüffend wirkt die Abnahme der Staatsbürger polnischer Nationalität in Tschechisch-Schlesien. Im Jahre 1910 gab es deren 141 927, während die letzte Volkszählung nur 69 987, also kaum die Hälfte, feststellte. Diese Tatsachen lassen sich nur zu einem geringen Teil aus dem Anwachsen der Zahl der Ausländer in Schlesiens erklären, deren die Statistik 49 539 aufweist während in der Vorkriegszählung nur 12 944 Bewohner Schlesiens als ausländische Staatsbürger geführt wurden. Diese Differenz von 37 000 kann aber natürlich den Befall von 106 000 Deutschen und Polen nicht aufklären. Aus diesen Verschiebungen der nationalen Verhältnisse in Schlesien im Spiegel der Volkszählung geht nicht mehr nur hervor, daß die „patriotischen“ Zählungskommissionäre dort gründliche Arbeit geleistet haben. Die Zahl der einheimischen Einwohner tschechoslowakischer Nationalität hat sich in Tschechisch-Schlesien seit dem Jahre 1910 um 38 Prozent vermehrt, die Zahl der einheimischen Deutschen um zwölf Prozent, die Zahl der einheimischen Polen fast um 51 Prozent vermindert. Interessant ist, daß sich dort die Zahl der Konfessionslosen von 904 auf 9405, also um das Zehnfache erhöht hat.

Wojewode Celisowski

in Polen hat die Worumgebung auf den Wojewodenposten in Oberschlesien abgelehnt, weil er mit den Bedingungen der Warschauer Regierung Sitowski nicht einverstanden ist.

Die Reaktion wittert Morgenluft!

Die Frechheit der Monarchisten in Bayern ermutigt und stärkt die reaktionären Kräfte in Schlesien. Sie glauben, die Stunde ihrer Herrschaft wäre da, um dem arbeitenden Volk wieder den Fuß in den Nacken zu setzen. Um diese reaktionären Pläne abzuwehren zu können, bedarf es der Bereitwilligkeit aller wirklichen Republikaner. Es bedarf vor allen Dingen großer Mittel zur Führung dieser Kämpfe. Deswegen die Erhöhung der Parteibeiträge ab 1. Januar auf 20 Mark pro Woche für Männer und 6 Mark für Frauen. Das entspricht ja noch lange nicht der ungeheuren Geldentwertung, ist das allermindeste. Deswegen appellieren wir an den Dilettant aller wirklichen

Sozialdemokraten

durch freiwillige Partei-Kontopferr-Beiträge den Kampffonds ununterbrochen zu stärken. Sammelt überall!

Gehet schnell und reichlich!

Vor allem aber, Parteigenossen und Genossen, werdet ständig und überall für die Partei. Alle eure Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Verwandte und Bekannte führt der

Sozialdemokratischen Partei

zu. Sorgt ununterbrochen für die Verbreitung der „Volkswacht“.

Anmeldungen im Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus, 2. Etage, im Zimmer 36 und in der „Volkswacht“, Kurze Straße 4/6.

Die Kriminalpolizei in Berliner Schlemmerlokalen.

In der Nacht vom Sonntag wurde seitens der Kriminalpolizei in verschiedenen Stadtteilen Berlins eine umfangreiche Razzia veranstaltet, die den geheimen Schlemmerlokalen galt und großen Erfolg hatte. Es wurde eine große Anzahl dieser geheimen Gaststätten ausgemacht und die Besucher mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten. In den Räumen der Polizeipräsidium in der Bismarckstraße wurde ein Nachlokal ausgeräumt, das mit einem außerordentlich umfangreichen Schloßperlen- und Spannerapparat arbeitete. Von den anwesenden 82 Gästen waren 72 Ausländer aller Nationen, die sich bei Gott, die Razzia zu 30 000 Mark vergnügten. Die Polizei gab die Namen der von ihr festgestellten Gäste dem Landesfinanzamt bekannt, damit dieses sich über die Einkommensverhältnisse dieser Leute informiere.

Mieterstreik in Berlin?

In Berlin fanden gestern in allen Verwaltungsbezirken 80 Mieterdemonstrationen als Protest gegen die Mietspreiserhöhungspolitik des Magistrats statt. Es wurde eine einheitliche Entschließung angenommen, in der insbesondere die Herabsetzung der Grundmieten und der Verwaltungskosten gefordert wurde. In den Verwaltungsbezirken Friedrichshagen und Hallesches Tor drohten die Demonstrationen mit dem Mieterstreik falls die Mieterlasten weiter gesteigert werden sollten.

Der Marktallienstreik in Berlin erfolgreich.

In der Angelegenheit des Ausstandes der Marktallien-Standardhaber hat der Berliner Magistrat beschlossen, die durch die Erhöhung der Januarstandgebühren bereits fällig gewordenen Mehrbeträge zu sünden und bis zum 1. März eine weitere Erhöhung der Standgebühren nicht vorzunehmen, falls die Geldentwertung nicht forsiert. Der Streik hatte die Lebensmittelversorgung Berlins gestört.

Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, führt der Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlass aus, daß für Inhaber von Wandergewerbescheinen eine besondere Großhandels-erlaubnis dann nicht erforderlich ist, wenn das Gewerbe ausschließlich im Umherziehen betrieben wird. Der Wandergewerbeschein für den Handel mit Lebens- oder Futtermitteln ist jedoch zu versagen oder zu entziehen, wenn bei dem Antragsteller bzw. bei dem Inhaber des Scheins Umstände vorliegen, die die Verhängung der Erlaubnis nach § 3 Abs. 2 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln rechtfertigen würden. Wird aber das Gewerbe nicht ausschließlich im Umherziehen, sondern daneben als fester Gewerbe betrieben, so bedarf der Betriebsinhaber, abgesehen von dem Wandergewerbeschein auch der Großhandelserlaubnis. Die Entscheidung der Frage, um was für einen Betrieb es sich handelt, hängt von der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse des Einzelfalles ab. Im übrigen weist der Minister darauf hin, daß der Großhandel im Sinne der genannten Verordnung (vorbehaltlich der Vorschriften des § 1 Abs. 1) lediglich den Absatz an Wiederverkäufer voraussetzt. Größe und Art des Betriebes sind dabei unerheblich. Für den Großhandel mit Kartoffeln bedarf es, auch wenn er im Umherziehen betrieben wird, stets der besonderen Erlaubnis.

Aus Schlesien.

Zur Kreiswahl im Kreise Kreuzburg.

Nicht mehr wie ein Drittel aller Sitze im Kreistage will der Großgrundbesitzer für sich haben, wie der Ausdruck eines deutschnationalen Herren lautet. Die Begründung dafür gab er damit, daß ein Drittel des gesamten Grundbesitzes im Kreise Kreuzburg dem Großgrundbesitzer gehöre. Verfolgt man die hierzu gemachten Angaben weiter, dann würden die mittleren Besitzer wahrscheinlich auch ein Drittel bekommen und die kleinen Besitzer und alle anderen Kreisinassen würden dann zusammen das letzte Drittel erhalten.

Die Rechnung ist eigentlich gar nicht so übel, wenn man sie vom Standpunkt der Großgrundbesitzer betrachtet. Sie wollen schließlich damit sagen, daß alle Angehörigen und Arbeiter ohne weiteres deutschnational zu stimmen haben. Es wäre ja auch unerbötlich, wenn ein Arbeiter sich erdreisten würde, seine eigene Meinung über die Zulammenziehung des Kreistages zu haben. Für die Gnade, daß die Arbeiter das ganze Jahr für keinen Herrn keine Knochen zu Markte tragen kann, muß er sich doch erträglich zeigen dadurch, daß er zur Wahl seinen eigenen Diebger wählt. Leider gibt es eine ganze Anzahl Güter, wo sich die Arbeiter gefallen lassen, daß sie entweder gezwungen werden, den deutschnationalen Stimmzettel abzugeben, oder wenn sie das nicht wollen, von der Wahl fern bleiben.

Am treffendsten kam die Meinung dieser Herrenkoste durch die Worte eines Gasthaus- und Landwirtschaftsbesitzers in Schönfeld zum Ausdruck. Dieser gute Mann sagte einem Arbeiter, der das Lotus zu einer Versammlung haben wollte: „Ihr habt überhaupt nichts im Kreistage zu suchen. Der Arbeiter soll seine Arbeit machen, das übrige geht ihn gar nichts an.“

Davon aber, daß er auch den Arbeitern die Steuern erlassen würde, um sie selbst zu zahlen, davon hat er nichts gesagt. Schützen und Steuern zahlen, Hungern und Strafen zahlen, so wollen es die deutschnationalen Herrschaften in Oberschlesien haben. Nur gut, daß es doch schon eine ganze Anzahl Einwohner gibt, die nicht mehr reinfallen, sondern sich die Kandidaten wählen, von denen sie auch die Gemisheit haben, daß sie für das arbeitende Volk eintreten werden. Interessant dürfte es sein die letzte Zusammenziehung des Kreuzburger Kreistages zu sehen. Folgende Auswählung sind darin vertreten:

- 1. v. Jordan, Rittergutsbesitzer, Jordanhof; 2. v. Trittmih u. Gafiron, Rittergutsbesitzer, Stalung; 3. v. Richthofen, Rittergutsbesitzer, Rasosdorf; 4. v. Jordan, Graf, Rittergutsbesitzer, Rasosdorf; 5. v. Cramon-Taubadel, Majorsbesitzer, Rasosdorf; 6. v. Waack, Rittergutsbesitzer, Schönfeld; 7. v. Windheim, Rittergutsbesitzer, Windheim; 8. v. Waack, Rittergutsbesitzer, Probstitz; 9. Lipinski, Rittergutsbesitzer, Rasosdorf; 10. Schmitz, Rittergutsbesitzer, Sarnau; 11. Pietruski, Erbschaftsbesitzer, Bürgsdorf; 12. Gollruch, Bauergutsbesitzer, Reinersdorf; 13. Hoffmann, Gutsbesitzer, Pohlmann; 14. Kanus, Gutsbesitzer, Kowitz; 15. Deliga, Gutsbesitzer, Konrad-Eckwitz; 16. Lipinski, Mühlenbesitzer, Alt-Dickapel; 17. Kubis, Gasthausbesitzer, Oberlungendorf; 18. Tschert, Fleischermeister, Simmenau; 19. Cramer, Beigeordneter, Konrad; 20. Koch, Bürgermeister, Kreuzburg; 21. Georai, Stadtrat, Kreuzburg; 22. Sella, Bürgermeister, Büschel; 23. Dr. Vorwerk, Bürgermeister, Konrad; 24. Gebauer, Fabrikbesitzer, Büschel; 25. Andreas, Rechtsanwalt, Kreuzburg; 26. Rittmann, Stadtrat, Kreuzburg; 27. Leberer, Maurer, und Zimmermeister, Kreuzburg.

So sieht der Kreistag aus, der bisher über das Wohl und Wehe der Kreisinassen im Rahmen der Kreisaufgaben zu wirken hatte. Was soll bei dieser Zusammenziehung des Kreistages für die Arbeiter und kleinen Leute herauskommen sein? Wenn jetzt die Vertreter der Städte mit allen Mitteln verhandeln haben, eine größere Macht im Kreistage zu bekommen, dann ist es ja verständlich, bei den Kleinrenten, die die Stadtgemeinden jetzt zu tragen haben und bei der Steuerlast, die auch heute noch die große Landwirtschaft als besonderes Kennzeichen trägt.

Deswegen versteht man es auch, daß die Großen gern wieder das Uebergewicht in dem neuen Kreistage haben wollen. Die Rechte für die Herren und die Pflichten für den Bürger und Arbeiter, das ist nicht nur vornehm, sondern echt national. Die Hauptsache, daß recht viel Dumme darauf hineinfallen.

Große Unfälle

der Abgeordneten Limberg, Seid, Scholich, Breslau, Simon-Neulatz und Genossen.

In der letzten Zeit sind auf der Ober viele Schiffsunglücke schwerer Art vorgekommen. So havarierten die Rähne der Schiffseigner Strobawo aus Rattwig bei Gollschütz und Wilhelm Biffes Erben aus Neulatz bei der Einfahrt in Briesgier, daß dadurch beide Röhne gesunken sind. Der Kahn des Schiffers Strobawo ist bereits wieder flott gemacht worden und liegt auf der Baustelle. Einige Tage vor Weihnachten verunglückte der Schiffseigner Staur aus Jülichau vor der Glogauer Eisenbahnbrücke, so daß das Fahrzeug in Grund ging und bisher noch nicht gehoben werden konnte.

Zwei schwere Unglücksfälle ereigneten sich ferner am ersten Weihnachtstages vor der Neulatz Brücke. Der dem Schiffseigner Paul Hirschberg aus Pölnitz-Steine gehörige eiserne Breslauer Mahlkahn trieb mit dem Hinterende auf einen Pfeiler, die Anker hielten nicht, deshalb legte sich der Kahn quer vor die Brücke und ging in Grund. Einige Stunden später kam der Schiffseigner Wolf aus Amalienhof, talwärts. Derselbe wollte mit seinem Fahrzeug das am Damme befindliche Loch durchstreifen lassen. Das Fahrzeug sah hinter Grund, der Pfahl an dem der Schiffer festgemacht hatte, soll gebrochen sein, und so legte sich auch dieses Fahrzeug vor die Brücke. Der Kahn ist dreimal gebrochen und total verloren.

Ist die Staatsregierung bereit, die schon im vorigen Jahre aus Vermeidung solcher Unfälle für die Glogauer Brücke vom Verband der Privatfahrer angeregte Notstandsarbeit ausführen zu lassen?

Ist die Staatsregierung ferner bereit, die Strombauverwaltung zu veranlassen, daß sie Vorkehrung trifft, um den Draht abzunehmen und am obersten Eisbrecher fest machen zu lassen?

Die verunglückten Schiffer der in Neulatz untergegangenen Derselben sind, da sie auf dem Kahn wohnten und sämtliche Sachen, auch Hunderttausende von barem Geld verloren haben, im Neulatz Armenhaus untergebracht. Wie denkt die Staatsregierung diesen Privatfahrern, die durch den Polenaufland schon so schwer gelitten haben, zu helfen?

Konrad-Eckwitz, Großfeuer. In den Abendstunden des 3. Januar brach in der Maschinenfabrik Konrad-Eckwitz Feuer aus. Stundenlang bemühten sich die Feuerwehren, dem Brandherd in der Scheune nachzukommen. Der unüberwindliche Qualm erschwerte die Löscharbeit ganz besonders. Erst nach teilweiser Abdeckung des Daches schien es, als ob man dem Feuer Herr werden könnte. Der Brandherd ist unter den heutigen Umständen groß. Ueber die Ursache des Brandes konnte vorläufig nichts Bestimmtes in Erfahrung gebracht werden.

Bereinstalender.

- Zentralverband der Zimmerer, Poststraße Breslau. Dienstag, den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Reinen Saale des Gewerkschaftshauses (siehe Inserat in der Sonnabendnummer).
- Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Breslau. Am Mittwoch, den 10. Januar, abends 7 Uhr, im Reinen Saale des Gewerkschaftshauses, Vertrauensmännerversammlung aller Bezirke (näheres siehe heutiges Inserat).
- Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau. Delegierte, Vertreter und Hilfsarbeiter. Mittwoch, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Reinen Saale des Gewerkschaftshauses, Versammlung. Die Ortsverwaltung.

HOTELS

Hotel Monopol
Am Schl.-Platz 2 · Telefon Ring 5605
Erstkl. Familien-Hotel in vornehmer, ruhiger Lage

Hotel Metropole
Ohlauer Straße 10/11 · Telefon Ring 7097
Haus I. Ranges · Dependence des Hotels Monopol
Besitzer: H. Schuster

Nord-Hotel
Gustav Riedel · Gegenüber dem Hauptbahnhof
Telephon Ring 7187-7190
Erstklassiges Familienhotel mit allen modernen Einrichtungen

Hotel „Vier Jahreszeiten“
Haus ersten Ranges
Gartenstraße 66/70

Hotel König von Ungarn
Bischofstr. 13 · Telefon Ring 714
Künstlerspiele
Täglich Fünfuhr-TEE mit Tanzvorführungen
Abends 8 Uhr: Erstklassiges Kabarett

Hotel Goldene Gans
R. Wiener
1. Haus im Mittelpunkt der Stadt
Junkernstraße 27/29 · Tel. Ring 688

Residenz-Hotel
Haus I. Ranges · Dir. E. Scheller

Residenz-Café
am Tauentzienplatz
Täglich erstkl. Konzerte
Vornehmes Familien-Café

RESTAURANTS :: CAFÉS

Haase-Gaststätte
Tauentzienplatz
und
Stilles gutes Stübchen

Vornehmstes und größtes Speisehaus des deutschen Ostens

B. K.
das Bier- und Weinrestaurant im Breslauer Konzerthaus
Gartenstraße 39/41

Conrad Kießling
Junkernstraße 15-17 · Königstraße 7-9
Kulmbacher Bierstuben
Bier-Großhandlung

Regina-Weinstuben
Kantorowicz-Likörstuben
Junkernstraße 9 :: Eingang Dorotheengasse 35
Erstkl. Küche und Weine
Tel. R. 6882 · Täglich Künstler-Konzert

F. R. Lange
Weinhandlung
Likörstuben · Kaltes Büfett
Junkernstraße 14 · Telefon Ring 329
Vorzügliche Küche :: Gutgepflegte Weine
Täglich: **Künstler-Konzert** ab 7 Uhr
Kapelle „Heller Ritter“

Café Geier
Gartenstraße Nr. 87
Familien-Lokal · Gute Musik

Konditorei und Café · E. Müller
Gartenstraße 4
am Sonnenplatz

„Seiler“ Pianos
Gartenstraße 52 · Telefon Ring 3774

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz A. Ohne Gewähr



Hamburgerei & Co
DAS FÜHRENDE HAUS DER HERREN-MODEN

Durch eigene Fabrikation bieten wir jeder Konkurrenz in Bezug auf Leistungsfähigkeit die Spitze.

Nur erstklassige Fabrikate

Massiv Kupfer, Aluminium, Emaille

Herz & Ehrlich · Ktd. Ges. Breslau 1.

GEBR. BARASCH S.M. BRESLAU

Kaufhaus für Bedarfs- und Luxusartikel

Unsere Sonderabteilungen:

Verkehrsbüro · Photographisches Atelier · Erfrischungsraum
Ullstein-Schnittmuster und Modenhefte

Freiburger Bahnhof

Schnellzüge sind durch starken Druck hervorzuheben. D = Durchgangswagen; W = Werktag; S = Sonntag.

Abfahrt	Ankunft
Richtung Hirschberg.	Richtung Hirschberg.
Dittersbach 1018	Hirschberg 746 900 915 1221
Görlitz-Berlin 421 656D 842 1259 bis Cottbus	Kohlfurt über Lauban 1143
Königszell 315	Görlitz 333 von Cottbus
Hirschberg 434	Königszell 613 W
Kohlfurt über Lauban 626	Berlin-Görlitz 643
Vorortzüge.	Vorortzüge.
Canth 1246S 1130	Canth 607 246 W von Mettkau
Schmolz 605 W	Schmolz 700
Richtung Deutsch-Lissa.	Richtung Deutsch-Lissa.
Hbf. 616 757 1142 206 714 848 1110	Hbf. 412 345 1042 132 513 822 1128
Frh. Bhf. 523 W 638 W 1235 W 146 236 W	Frh. Bhf. 515 W 628 W 736 W 196 W 245
405 W 511 W 645 S 748 W 1245 W	374 W 522 W 700 W 814 S 850 W
kehrt nicht in der Nacht nach Sonn- und Feiertagen.	
Richtung Steinau a. O.	Richtung Steinau a. O.
Steinau 1220 410	Steinau 623
Raudten 530	Raudten 1011
Dyhernfurth 140 W	Dyhernfurth 638 W
Schmiedefeld 353 W	Schmiedefeld 434 W
	Wohlau 633

M. Berger Nachfolger Eigen-Fabrikation:
Damen-Mäntel-Fabrik Mäntel, Kostüme,
Ohlauer Straße 80 Kleider, Kinder-Mäntel

S. GUTTENTAG Gesonderte
BRESLAU Kinderabteilung
Altbüßerstraße 5, I-III Stets größte Auswahl
in allen Lagern

Werkzeuge **Hch. Flebiger** Eisenwaren,
Landwirtschaftl. Geräte Haus- und Küchengeräte
Neue Schweißnitzer Straße 4 — Gegründet 1877 — Fernsprecher 5306 und 5307

Die Breslauer Brauereien

C. Kipke-Brauerei / Engelhardt-Brauerei A.-G.
Lagerbierbrauerei E. Haase G. m. b. H. / Schultheiß-Patzenhofer Brauerei A.-G.
empfehlen ihre aus edelsten Rohstoffen hergestellten

Biere

Erste Breslauer Wurst-Konserven-Fabrik * Rudolf Dietrich
Breslau 1, Ohlauer Straße 30.

G. Ueherschär, Ohlauer Straße 56/57, Ecke Poststraße
Telephon Ring 1343.
Likörfabrik, glasweiser Ausschank · Flaschenverkauf
Gepflegte Kipke-Biere

H. Hennig · Getreide-Dampf-Brennerei

INNEDEKORATION

Teppiche V. Martin

Schweidnitzer Str. 1
BRESLAU I

Leipziger & Koessler
Neue Schweidnitzer Straße 10/17
Teppiche * Möbelstoffe * Gardinen

Teppichhaus Hermann Leipziger

Inh.: Adolf und Walter Leipziger
Breslau 1
Schweidnitzer Straße 7
gegenüber der „Schlesischen Zeitung“
Fernsprecher Ring 593

Deutsche Teppiche

in bewährten Plüschqualitäten
Handgeknüpfte Smyrna-Teppiche
Brücken — Verbindungsstücke
Tisch- und Diwandecken
Gardinen / Stores / Bettdecken
Läuferstoffe — Möbelstoffe

BEKLEIDUNG

Hecht & David · Ring 21

Ecke Ohlauer Straße

Spezial-Geschäft für
Seidenstoffe / Waschstoffe
Wollstoffe

Trauer-Kleidung

kauft man am besten im

Spezial-Trauer-Magazin

August Benedix

Ring 1, Ecke Nikolaistraße Tel. 4010

Felix Rösel

Ohlauer Straße Nr. 75

Spezialhaus für Damen-Konfektion

„Peizhaus“ Kallinke

Gartenstraße 88

J. Glücksmann & Co.

Ohlauer Straße 71/73
gegründet 1854

Kleiderstoffe · Konfektion

D. Marcus

Ohlauer Straße 51/54
Damenhüte

Größte Auswahl · Billigste Preise

Putzgeschäft Lilly Behr

Reuschesstraße 62

Größte Auswahl in Damen- Kinder- u. Trauerhüten
Umpressen und Modernisieren schnell und billig

M. Tichauer

Reuschesstraße 47

Größtes Spezialhaus für Damen-Putz



Breslau I Ohlauer Straße 5/6

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. Januar.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Eisenbahner SPD., Vertrauensleute und Betriebsräte! Donnerstag, den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

wichtige Sitzung.

Jeder Vertrauensmann und jeder Betriebsrat der Mitglieder der SPD. ist, muß da sein.

Direkt 19. Außerordentliche Versammlung Freitag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Goldenen Schwan, Ruppertschmidtstraße 21/23, Vortrag des Genossen Karl Mach.

Arbeiterjugendverein, Heim 2. Am heutigen Montag findet um 7 1/2 Uhr, in der 'Arbeiterblüte' eine Ausschusssitzung statt. Zutritt haben nur Funktionäre. Freitag findet um 7 1/2 Uhr in der Ofener Schule die Jahresversammlung statt. Da die Heimleitung neu gewählt wird, muß jedes Mitglied einbringen: Seine Mitgliedsbuch oder Gästekarte kein Zutritt.

Die Breslauer Gewerbesteuer.

In seinem kommunalpolitischen Vortrage vor unserer Partei-Funktionären am Genosse Darrf auch ausführlich auf die Gewerbesteuer zu sprechen. Wir gehen nachstehend die besonders für alle Kleinrentnerbetriebe zu beachtenden Ausführungen wieder: Unsere Breslauer Gewerbesteuerordnung ist eine Musterleistung der sozialdemokratischen Mehrheit. Der Kleinrentnerbetriebe hat durch sie die größte Schonung gefunden, die Großrentner und die Großbanken sind dafür hart herangezogen worden. Trotzdem klagen manche Kleinrentnerbetriebe über die schmerzlichen Lasten, weil sie heute in Papier mehr zahlen müssen, als früher in Gold. Auf das Gewicht der Reaktionäre über die hohen Gewerbesteuern werden viele Kleinrentnerbetriebe bei den kommenden Wahlen hereinfallen, hat doch beim 'Streik' der Gewerbetreibenden so mancher seinen Laden mit zunehmender Gewerbesteuer mehr erhoben wird. Diese Kleinrentnerbetriebe ärgern nicht, daß es nur um eine Befreiung der großen kapitalistischen Industrie geht, und daß die Entlastung von Großindustrie und Großbanken nur auf Kosten der Kleinen erfolgen kann. Denn was die Stadt braucht, muß sie auf alle Fälle haben; bekommt sie es nicht von den Großen, dann hat sie es in irgend einer Weise von den Kleinen.

Wie sind wir bei der Schaffung der Gewerbesteuer vorgegangen?

Wir haben uns all die Klagen und die Entrüstung vor Augen geföhrt, über den ungeheuren Luxus, der sich trotz der Not der Zeit in Breslau breitmachte. Wir haben uns vor Augen geföhrt, daß uns die rechtliche Handhabe fehlt, um diesen Luxus herunter zu erhalten. Und dann haben wir uns gefragt, wo der Luxus steckt? Wo stecken die Luxusautomobile? Wenn mir jemand sagt, das könne man doch feststellen, dann sage ich, das brauchen wir gar nicht feststellen. Die Luxusautomobile stecken alle in der höchsten Gewerbesteuerklasse. Es gibt sonst niemanden in Breslau, der sich ein Luxusautomobil halten könnte. Und fragen Sie nach irgend einem anderen Luxus, nach Luxuswohnungen, nach Luxuswohnungen, alles finden sie nur in der höchsten Gewerbesteuerklasse. Das haben wir bei der Staffelnung der Gewerbesteuer berücksichtigt, und daher die große Not und das Bestreben, die Kleinrentnerbetriebe als Vorpann zu benutzen, um die zahlungsfähigen Kreise so zu entlasten, wie sie sich jetzt im Reichstage von der Einkommensteuer entlastet haben, die ihnen auch noch oben zu stark gekostet erscheint.

Der nächstjährige Etat wird an die Steuerkraft unserer Einwohner die ungeheuerlichsten Anforderungen stellen. Daß die schweren Lasten nicht übereinander noch ungerechter verteilt werden, wie es ohnedies in vieler Beziehung noch ist, dafür müssen wir bei den kommenden Wahlen unbedingt sorgen. Gelinzt es dem reaktionären Bürgerblock mit dem Millionenaufwand von Geld, das seine Hintermänner spenden werden, die sozialistische Mehrheit zu sprengen, dann werden die breiten Schichten der Bevölkerung nicht nur ungleich schwerere Lasten zu tragen haben, wir gehen mit unserer Stadt auch gefährlichen Anruhen und Katastrophen entgegen.

Zum Glück aber hängt der kommende Wahlausfall nicht so sehr von der Agitation des Bürgerblocks ab, als von dem verlässigen Willen unserer Arbeiter. Die Arbeiterklasse bildet die Mehrheit der Bevölkerung von Breslau, und wenn sie vollständig zur Wahl tritt, dann wird der reaktionäre Bürgerblock an die Wand gedrückt, daß ihm die Zeit zum weiteren Leben schon vergehen wird.

Sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte.

Trotz Ausfallen der Stadtverordnetenversammlung findet am Dienstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fraktionsberatung statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Referat eines Magistratsmitgliedes über wichtige städtische Angelegenheiten. Wahl des Fraktionsvorsitzenden. Besprechung der künftigen Kommunalpolitik.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Sitzung ist das Erscheinen aller Fraktionsgenossen unbedingt erforderlich.

Helft dem hungernden Mittelstand!

Der Magistrat schreibt: In der Kriegszeit fanden sich hilfreiche Bürger, die den Darbenden Freitische gewährten. Die Mittelstandsküchen, die in allen Stadtteilen gelegen sind, bieten die Möglichkeit auch in diesem traurigen Winter unseren Mittelstande eine täglich zureichende Mittagsmahlzeit zu verabreichen. In die vom Glück Begünstigten ergeht die dringende Bitte, durch reichliche Geldspenden auch jetzt wieder den Unbemitteltesten zu Freitischen zu verhelfen. Zahlungen werden auf Postkontokonto Nr. 71 186 mit Dank entgegengenommen.

Was LÖbe fängt.

In der 'Arbeiterzeitung' hat ein Spötter zur Lese gegriffen, und ein Lied auf LÖbe und sein Verhältnis zum Herrgott verbrochen. Da wir für Humor empfänglich sind, wollen wir gern zugeben, daß die Verse hübsch gedreht sind, und sich gut lesen lassen. Der Spötter stimmt freilich nicht, denn LÖbe hat manches noch nicht gesagt, was man ihm dort nachgeredet hat. Aber als er als Vorkämpfer der Breslauer Arbeiterzeitung in Kleinfähigkeit und in Wohlsein im Gefängnis lag, dachte er nicht an Hungerstreik und verzweifelte Selbstmord, wie manche der heutigen Charaktergrößen, sondern er hat nur ganz fleißig: 'Bis hierher hat mich Gott gebracht, durch eine große Güte'. Das war vor dem Kriege überhaupt ein Lieblingslied der sozialdemokratischen Redakteure. Gar mancher hat es gesungen, wenn ihn Gott der Allmächtige und Allwissende durch den Schimmer einer Ordnungsfähigkeit wieder einmal 'bis hierher gebracht' hatte.

Heute abend 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Partei-Mitglieder-Versammlung

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid spricht bestimmt.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches oder Karte.

Vom Lebensmittelmarkt.

Das neue Jahr brachte den Hausfrauen große schwere Sorgen. Der kleine Preisrückgang vor Weihnachten ist bereits um ein Vielfaches überholt. Und wieder sind es die allernotwendigsten Lebensmittel, die jeder Haushalt braucht, die den Preisen der hohen Preise erliegen. Untere Milchproduzenten machen sich keine Gewissensbisse, ob ihre Maßnahmen abermals Tausenden von Kindern das Leben kosten. Sie beschließen, ein Liter Milch kostet 180 Mark, und die Städter müssen bezahlen, wenn sie können. Die Butter strebte schon lange über 1600 und 1700 Mark hinaus. Die Hühner legen bei dem milden Wetter recht gut das Neht man auch an dem reichlichen Angebot. Trotzdem wird für ein Ei 78 Mark und mehr gefordert. Natürlicher will auch der Käse im Preise nicht nachstehen, deshalb wurden alle Sorten erheblich teurer. Und nun das Schauspiel mit der Margarine und dem Fett. Der Karszettel zeigt an, daß der Dollar steigt. Sofort ändern sich die Zahlen an dieser Ware. Heute ist wohl kaum noch das Pfund Margarine unter 1000 Mark, und das Pfund Fett unter 1450 Mark zu haben.

Noch eiliger mit der Preisheraufhebung haben es unsere Fleischermeister. Die Hausfrauen werden über den letzten Sprung der Fleischpreise ganz entsetzt sein. Am Sonnabend kostete das Pfund Schweinefleisch 980 und 1000 Mark, das Hammelfleisch bis zu 700 Mark und Kalbfleisch und Rindfleisch bis zu 600 Mark. Die gewöhnlichste Sorte Butter muß mit 200 Mark das Viertelpfund bezahlt werden.

Auf dem Gemüsemarkt das gleiche Bild. Die verschiedenen Krautarten sind unerschwinglich. Für Weichkohl wird bis 40 Mark für Baukraut bis 60 Mark für das Pfund gefordert. Die Preise für Kohlrüben, Wassererüben usw. sind unerhört gestiegen. Für das Pfund Kartoffeln wurden bis zu 750 Mark gefordert. Also Getreide, Fleisch, Gemüse und Kartoffeln sind für die armen, hunderreichen Familien unerreichbar geworden. In vielen Haushaltungen können nicht mehr alle Brotmarken eingekauft werden, weil eben das nötige Geld fehlt. Und nun erst gar der Zucker. Das Pfund kostet jetzt fast überall 290 Mark. Das können natürlich wiederum viele Familien nicht bezahlen und so wird das Essen allmählich ein Privilegium für die Reichen. Das sind Zustände, die völlig unhaltbar sind. Sieht man sich einmal die Gegenstände an, so muß man feststellen, daß die Delikatessen und aussergewöhnlichen Speisen durch nichts mehr überboten werden können. Schinken und Wurst sind in raffiniertester Weise aufgemacht, die weißen Brote und Semmeln mittlerweile im appetitlichen Aussehen. Und die große Masse des Volkes hungrigt.

Arbeiter-Wohlfahrtsauschuss.

Im Wohlfahrtsauschuss sprach am Freitag abend im Gewerkschaftshaus der Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes, Genosse Hoffmann aus Namslau, über die ländliche Wohlfahrtspflege. Der Vortragende gab einen Überblick über den Aufbau der ländlichen Wohlfahrtspflege, ihre Entwicklung und der Organisation im allgemeinen. Im Gegensatz zu den städtischen Wohlfahrtsbestrebungen hat die ländliche Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtung erst ziemlich spät eingesetzt, sie paßt sich aber mehr und mehr den kommunalen Verhältnissen an. Man begegnet jedoch hier mancherlei Schwierigkeiten, da die ländliche Bevölkerung für Neuerungen meist nur schwer empfänglich und recht misstrauisch ist. Ebenso feste es oft an dem nötigen geschulten Fürsorgepersonal auf dem Lande. Der Redner besprach alsdann die Reichs-Wohlfahrts- und Fürsorge an der Hand des geschäftlichen Materials. Bedauerlicherweise wird das Stützglied in ländlichen Kreisen nur auf zwölf Wochen gewährt. Ganz anscheinend müßte eine Stützgedauer von mindestens 26 Wochen von Gesetzes wegen gefordert werden, da die Krankenkassen diese Weisheit durchzuführen haben. Der Referent stellte schließlich folgende Forderungen auf:

- 1. Es soll Wohlfahrtspflege, nicht Wohltätigkeit getrieben werden;
2. Wohlfahrtspflege soll keine Armenpflege sein, deshalb auch keine Trennung;
3. Keine Zersplitterung, Zusammenschluß und Mitarbeit sämtlicher Wohlfahrtsvereinigungen;
4. den richtigen Mann und die richtige Frau an die richtigen Stellen;
5. Auswertung aller sozialen und wirtschaftlichen Leistungen. Die anschließende Aussprache war reg.

Städtische Verkaufsvermittlung von Wertgegenständen.

Die in dem Grundstücke des früheren städtischen Leihamts, Messergasse, Ecke Stadgasse, eingerichtete städtische Verkaufsstelle wird am heutigen Montag ihrer Bestimmung übergeben. Sachverständige aus den verschiedensten Geschäftszweigen haben sich ehrenamtlich zur Verfügung gestellt, um die einzelnen Verkaufsgegenstände abzuschätzen. Zur Annahme gelangen nur bessere Bedarfsgüter und Luxuswaren. Um der Verschwendung halber Rechnung zu tragen, und zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs ist die Einrichtung getroffen, daß die Annahme nur in der ersten Hälfte der Woche, der Verkauf dagegen in der zweiten Hälfte stattfindet. Es ist im Interesse des notleidenden Mittelstandes zu wünschen, daß die neue städtische Einrichtung in weitesten Kreisen bekannt wird.

Das Urteil gegen Generalanzeiger-Klante.

Max Klante, der allen Generalanzeigern in Deutschland durch große Inseratenaufträge geholfen hat, und dem dafür alle Generalanzeiger, vor allem auch der Breslauer, mit Fleiß und Wohlwollen halfen, die leichtgläubigen Zeitungsleser zu neppen, ist am Sonnabend vom Berliner Gericht zu drei Jahren Gefängnis, 105 000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Der Generalanzeiger, der das Geld für die Klante-Inserate eintrah und nie ein warnendes Wort gegen den Schwindler der 'Konzerne' fand, wird hoffentlich von recht vielen Lesern mit Ehrverlust bestraft werden.

Breslaus Nachtbetrieb.

In dem Lokal 'Alt-Herberg' war jede Nacht großer Betrieb. Das hatte die Polizei erfahren und sie beschloß, das Lokal auszuheben. In der Nacht zum 20. August 1921 begaben sich Beamte dorthin, fanden aber das Lokal geschlossen, obwohl sie hörten, daß noch Gäste anwesend waren. Sie forderten Einlass und dröhnten, falls ihnen dieser verweigert würde, mit Gewalt einzudringen. Nachdem die Beamten längere Zeit gewartet hatten, geschlugen sie die Scheiben an der Eingangstür. Hinter dieser lag der Geschäftsführer Karl Kummerow und hielt mit aller Gewalt die Lüre zu.

Wegen dieses Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde Kummerow vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine angelegte Berufung wurde jetzt vor der 2. Strafkammer verhandelt. Diese hob das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf zwei Monate Gefängnis; diese Strafe wurde in eine Geldstrafe von 60 000 Mark umgewandelt.

Die juristische Sprechstunde

findet diese Woche Dienstag von 12-1 Uhr und Freitag von 4-5 Uhr nachmittags statt. Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Aktenquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Der 9. Heimatverband der Bezirksgruppe Südost der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier Breslaus fand am Sonnabend abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Zur Aufführung gelangte 'Terror', ein Drama aus den oberirdischen Katakomben in einem Akt von Bruno Groß. Das Stück schildert packend die Verfolgungen, denen die Deutschgesinnten unter dem überhand nehmenden Terror der Polen in einem Industriedorf in Oberschlesien ausgesetzt waren. Entsetzlich, wie das Glück einer Familie durch den ältesten Sohn, der sich in fanatischer Verbrennung für Polen einsetzt, zerstört wird, bis er schließlich seine Verirrung mit dem Tode büßen muß. Mitglieder des Gesangs- und Theatervereins Oberschlesien führten die Rollen mit viel Eifer und Geschick durch. Meisterhaft und ergreifend war der alte Markewa. Schließlich wurde das Lebensbild aus dem dritten Vollenaufzuge 'Heimattreu' von demselben Autor auf vielseitigen Wunsch wiederholt.

Die Volksberatungsstelle im Rathaus, 1. Treppen (Ratszimmer) ist im Monat Dezember von 577 Personen, 324 Männern, 253 Frauen besucht worden. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: städtische Angelegenheiten verschiedener Art 254, Arbeiterversicherung 10, Anwerbsstellenversicherung 3, Arbeits- und Dienstvertrag 13, bürgerliches Recht 240, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 38, Strafrecht 16, Handels- und Gewerbsachen 3. Außerdem wurden 32 Schriftsätze angefertigt und in 64 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfrage erteilt. Im Jahre 1922 wurde die Volksberatungsstelle von insgesamt 8126 Personen, 4115 Männern, 4011 Frauen besucht. Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8-2 Uhr geöffnet.

Die Pfandleihen-Zinsen dürfen, wie der Polizeipräsident bekannt gibt, nach ministeriellem Erlaß für jeden Monat und jede Mark von Darlehensbeträgen bis zu 30 Mark 5 Pfg., für 30 Mark übersteigende Darlehen nur 4 Pfg. erheben.

Das Schlachtverbot für trächtige Kühe und Säue betreffend, bringt der Polizeipräsident im Polizei-Amtsblatt die ministerielle Bekanntmachung vom 3. 9. 15 erneut zum Abdruck, worauf Interessenten hingewiesen werden.

Eine neue Rechtschutzstelle für das Schornsteinlegergewerbe, die vom 1. 12. 1922 ab in Geltung tritt, bringt der Polizeipräsident im Polizei-Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis.

Die Genehmigung und Untersuchung der Dampfessel betreffend macht der Polizeipräsident die Dampfesselbesitzer mit Rücksicht darauf, daß darin Unterlassungen leider öfters vorkommen, auf ihre Verpflichtung aufmerksam, spätestens bis zum 1. April die behördlich vorgeschriebene schriftliche Anzeige dem Polizeipräsidenten zu erstatten.

Ausbildung von Turnlehrern. Im April beginnt ein neuer zweijähriger Lehrgang zur Ausbildung von Turnlehrern in Breslau. Die Bestimmungen über diesen Lehrgang können beim hiesigen Provinzialkollegium in Empfang genommen werden. Der Unterricht ist unentgeltlich. Anmeldungen sind bis zum 15. Januar an das hiesige Provinzialkollegium einzureichen.

Amtlischer Wetterbericht. Innerhalb des Küdens höheren Druckes, welcher das russische Hoch mit dem von Spanien her verdrängenden verbindet, ist am Montag teilweise heiteres Wetter bei schwachem Winde und wenig veränderter Temperatur zu erwarten.

Vor Geschwindlern und Gasdieben warnt die städtische Betriebsdeputation. Sie weist darauf hin, daß in letzter Zeit wiederholt Gasautomaten durch Unbefugte mittels Nachschlüssel geöffnet und beraubt worden seien, daß in anderen Fällen Gas durch Einwerfen von Zählstücken oder unter Umgehung des Messers gestohlen worden sei und erinnert erneut daran, daß die Entleerung der Wärmegasmesser nur in Gegenwart des Wohnungsinhabers und nur durch städtische Angestellte vorgenommen werden darf, die im Besitze einer Ausweiskarte sind.

Unbekannte männliche Leiche. Am 6. Januar wurde auf der Bahnhofsstraße Brodau-Moehren der Umgehungsbahn die Leiche eines unbekanntem jungen Mannes gefunden, der etwa 25 Jahre alt gewesen sein kann, bartlos ist, hageres Gesicht hat, links gekrümmtes Haar trägt, volle Zähne, darunter einen mit Goldfrone, hat. Man fand bei ihm feinerle Ausweispatente; die schwarze Brieftasche enthielt nur 11 Mark; außerdem befand sich in den Taschen ein Taschentuch und eine Schere. Beflehtet war er mit blauem Tuchanzug, neuer graugrüner Sportmütze, trug buntes Oberhemd, weißen Kragen, blaue Krawatte. Militärunterhosen, blaue Strümpfe und neue Schnürschuhe. Meldungen zur Ermittlung der Persönlichkeit erbeten nach dem Polizeipräsidenten, Schulstraße 46, Zimmer 9.

Ausgesetzte Kinder. Am 4. d. Mts. wurden am Hauptbahnhof zwei Kinder ausgehakt vorgefunden. Zunächst ein etwa vierjähriges Mädchen, zirka 60 Zentimeter groß, mit blonden Haaren und blauen Augen, bekleidet mit zwei bunten Unterzöckchen, einem grauen und einem braunen Strumpf und braunen Hühnerchen. Es lag in einem Kinderwagen ohne Blase, in zwei Decken eingewickelt. — Das andere Kind, ein etwa acht Wochen altes Mädchen, zirka 40 Zentimeter groß, mit blauen Augen, wurde in der Flüchtlingsbarade vorgefunden. Es trug ein schmutziges Hemdchen und ein Röddchen und war in ein paar Bindeln eingewickelt. Meldungen zur Ermittlung der Mütter oder Pflegerinnen erbeten nach dem Polizeipräsidenten, Schulstraße 46, Zimmer 9.

Ein entarteter Mensch. Der 28 Jahre alte Kaufmann Alfred Simmich hat es fertig gebracht, sich für seine perversten Neigungen sieben bis achtjährige Mädchen auszuwählen. S. der verheiratet ist, stand jetzt unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens vor der 2. Strafkammer. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis; es wurde ihm eine Strafauflage auf drei Jahre zugewilligt, wenn er eine Buße von 60 000 Mark an die Gerichtskasse zahlt.

Wasserstand

vom 8. Januar 1923.

Table with 2 columns: Station name and water level. Includes entries for Rathen, Krappitz, Rejel, Bütz (Rollenkan), Neisse (Ober-Regel), Neisse (Unter-Regel), and Breslau (Ober-Regel).

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Breslauer Brauereiarbeiter.

Die freigewerkschaftlich organisierten Breslauer Brauereiarbeiter nahmen gestern in einer stark beachteten Versammlung im "Bergteiler" den Bericht ihrer Lohnkommission und Ortsleitung über die Verhandlung mit den örtlichen Vertretern des Brauerbundes entgegen. Die Stellungnahme der Arbeitgeber, die eine starke Verschlechterung des Reallohns durchzusetzen sucht, wurde allgemein mit Entrüstung aufgenommen. Fast einstimmig beschloß die gut besuchte Versammlung, heute morgen die Arbeit nicht aufzunehmen.

Die Versammlung nahm dann noch einen kurzen Vortrag des Genossen Birnbaum über die Haltung der politischen Parteien und der "Volksmacht" zur Arbeitsfrage entgegen, dessen Ausführungen in der darauffolgenden Diskussion allgemeine Zustimmung fanden, während einige in der "Volksmacht" abgedruckte Einleitungen von radikal abweichender Seite beanstandet worden waren.

Werden die Eisenbahner provoziert?

Der "Deutsche Eisenbahner", das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes, veröffentlicht in seiner Nummer vom 1. Januar einen sehr beachtenswerten Artikel, darin die zwischen Reichsregierung und Organisation bestehende Differenz über die Neuregelung der Bezüge von Arbeitern, Angestellten und Beamten zum Gegenstand der Betrachtung gemacht. Das Gewerkschaftsblatt gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung das ihrige zur Erreichung betrieblicher Ergebnisse beitragen wird, andernfalls ein Meßien der Kräfte unermüdlich erscheinen. Zu den Entlassungen bei der Eisenbahn bemerkt die Redaktion, daß darüber hinaus der Reichsverkehrsminister Groener die Kürzung des Urlaubs für untere Beamte ankündigt. Aus diesen und anderen Maßnahmen der Regierung läßt sich wohl nicht schwer erkennen, daß die Reichsregierung einen Konflikt geradezu künstlich konstruieren möchte, ein Experiment bei dem sie sich unter Umständen arg die Finger verbrennen kann.

In dem Artikel heißt es dazu:

Es ist schon zu verstehen, warum die Regierung eine solche Politik verfolgt. Sie glaubt, daß ein günstiger Moment gekommen ist, ihre Autorität, ihre Macht über die Bediensteten so zu stärken, daß sie in Zukunft genau wie in der Vorkriegszeit die Arbeitsbedingungen diktiert kann. Und sie will bei einem Streik gleich die Säuberung in Betrieb und Werkstatt vornehmen, die in der Presse angekündigt wurde. Sie will auch das ihr so unbecommene Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Betriebs- und Beamtendie noch mehr einschränken, und sie will endlich die ihr ebenso unbecommene Macht der Gewerkschaften verringern. Die dem Programm zuliebe scheint man die sonst unbegreifliche Stellung einzunehmen. Und nach diesem Programm haben wir als Gewerkschaften Stellung zu nehmen.

Wir hoffen, daß die heutigen Verhandlungen den Sieg der Fernunft über Machtmittel und einseitige Verneinung berechtigter Forderungen bei der Reichsregierung zeitigen, wenn anders es nicht zu einem Kampf kommen soll, für dessen katastrophale Auswirkungen die Eisenbahner die Verantwortlichen unter allen Umständen ablehnen müssen.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit in England.

Die Frage der Arbeitslosigkeit hat in den englischen Wahlen sowie beim Beginn der Tätigkeit des neuen Parlaments eine hervorragende Rolle gespielt — eine größere, als die irische Frage und die Frage der englisch-französischen Beziehungen. Die Arbeitslosen haben einen "Tag nach London" veranstaltet. Bonar Law hat sich geweigert, mit den Führern dieser Demonstration zu verhandeln. Aber nicht nur die Arbeitslosen, sondern die große Masse des übrigen Volkes leidet sehr unter der heutigen Lage: die Arbeitslosigkeit kostet dem Lande, den Steuerzahlern, zu viel. Die zweite Novemberwoche allein (die Woche des Wahltages) hat mehr als eine Million Pfund gekostet (800 000 an Unterhaltungen, 90 000 Verwaltungskosten, 20 000 Verzinsung von Schulden der Arbeitslosenversicherungsorgane); zwei Drittel der Ausgaben wurden von den Arbeitern und Unternehmern gedeckt, ein Drittel vom Staat, d. h. von den Steuerzahlern. Im ganzen wurden seit Beginn der Arbeitslosigkeit von den Versicherungsorganen 50 Millionen Pfund verausgabt. Außerdem haben die Organe der Armenverwaltung 60 Millionen, die Gewerkschaften 12 Millionen und die Lokalelterverwaltung (zur Unterhaltung der Notstandsarbeiten) 17 Millionen ausgegeben; die Steuern aber, die diese Organe dazu gebraucht haben, werden von den ärmeren Bevölkerungsschichten aufgebracht, da ja die englischen Kommunalsteuern die großen Einkommen nur ganz gering belasten und die Gewerkschaftenunterstützungen aus Mitgliedsbeiträgen fließen. Alles in allem hat England während der Depression rund 180 Millionen Pfund ausgegeben. Es ist daher nicht zu verwundern, daß auch die große englische Öffentlichkeit an der Arbeitslosenfrage lebhaft interessiert ist.

Auch in Australien soziale und wirtschaftliche Reaktion! Australien marschiert mit seinen guten Einrichtungen zur Unterstützung von Arbeitslosen an der Spitze der sozialen Bewegung auf diesem Gebiet. Seine Ausgleiche für die Industrie waren berühmt. Diese sollen jetzt abgelehnt und an ihre Stelle ein neues Schlichtungsgesetz treten, das die Arbeitslosigkeit jeder Bewegungsfreiheit berauben würde. Der bereits dem Parlament vorgelegte Gesetzentwurf überläßt nämlich die letzte Entscheidung, falls sich die Parteien nicht einfinden können, dem Handelsminister. Die während des Verfahrens verhängte Auslieferung über der Straftat sind bei schwerer Strafe verboten. Streikpotenzen soll ebenfalls mit schwerer Strafe belegt werden. Für die Verhandlungen der Gewerkschaften werden die Gewerkschaften auch materiell herbar gemacht. Die Gesetzentwürfe vom Lohn abgesehen werden. Die dem reaktionären Kurs ent-

spricht auch eine reaktionäre Wirtschaftspolitik: die Dumpingpreise, welche ganz besonders gegen Deutschland gerichtet sind, stellen ein schweres Hindernis des freien Warenverkehrs mit dem Ausland dar.

Aus aller Welt.

Ein Beihilfing mit 85 Millionen verschunden.
Ein Banklehrling, der bei einem Berliner Großbank beschäftigt war, ist mit 10 000 Dollar (rund 85 Millionen Mark) die er zu anderen Banken bringen sollte, spurlos verschwunden. Es wird, laut Morgenblättern, vermutet, daß er das Opfer eines Anfalls oder eines Verbrechens geworden ist.

Opium beschlagnahmt.
In Hamburg ist für 18 Millionen Mark Opium, das einem holländischen Dampfer über Bremen ins Ausland schoben werden sollte, beschlagnahmt worden. Das Opium kam vermutlich aus der Zentralfabrik in St. Pauli. Chinesische Leute kommen als Helfer in Frage.

Doppelselbstmord.
Im Berliner Tiergarten gab gestern Nacht ein Reichswald auf seine Braut und auf sich Schüsse ab, nachdem sie beschloßen hatten, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, da ihrer Verbindung Schwierigkeiten entgegengekommen hatten. Solbat ist tot, die Braut schwer verletzt.

Filmschau.

Ufa-Theater. "Tabea, stehe auf!" Filmdrama, nach dem bekannten Roman von Margarete Böhme bearbeitet, mit der beliebten Lotte Neumann in der Hauptrolle. Margarete Böhme behauptet die tragischen Schicksale junger, unverdorbenen Mädchen, die unverheiratet ins Elend geraten. Mit großem Geschick und mit feiner Note Neumann ihre Rolle bis zu Ende durch. Des Schauspielers Mitgefühl begleitet sie auf ihrem Lebenswege, der schließlich auch ein Ende nimmt, und eine frohe Zukunft winkt. In der Darstellung und Aufmachung ist der Film sehr schön die Meiststimmungsorgane angepaßt.

Sehr lieblich ist die dröhlige Bearbeitung des Grimms Märchens "Der Bettelstrolach mit dem Äsel"; man läßt sich dabei — auch das amerikanische Lustspiel "Wenn einer keine Frau ist" — sehr nett.

Ufa-Dichtspiele. "Der Fall Gumboldt", ein von Anfang zum Schluss spannendes Drama, das über den Durchbruch hinausragt. Voll Interesse folgt man den Vorgängen auf der Leinwand und weiß bis zum letzten Augenblick nicht, ob es sich hier um gewöhnliches Verbrechen handelt, oder ob die Hauptdarstellerin in hypochondrischem Einfluß handelt.

Auch der zweite Film: "Die kleine Stenotypistin" ist gut. Opfernde Liebe ohne Grenzen wird achilles besetzt, geföhren, als dem nun zum Kauf gelangten Diener hindernd im Wege steht. Aber die Schuld findet ihre gerechte Sühne.

Am 5. Januar verschied nach schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden meine heißgeliebte Gattin, herzengute Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin
Hildegard Scheuner
geb. Kaiser
nach vollendetem 22. Lebensjahre.
Breslau, den 8. Januar 1923.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Hermann Scheuner u. Töchterchen Mechthild
Beerdigung: Dienstag, den 9. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes.

Plötzlich und unerwartet verstarb sanft am 5. Januar nach kurzem, schweren Leiden mein innigstgeliebter, treusorgender Gatte, unser Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Kassabote**
Gottfried Weigelt
im Alter von 64^{1/2} Jahren.
Breslau, den 8. Januar 1923.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag, den 9. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle II de. Oswitzer Friedhofes.

Danksagung.
Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sprechen wir allen, besonders Herrn Pastor Bederke für die tröstlichen Worte am Grabe, unseren tiefgefühlten Dank aus.
Familie Sobotta,
Posener Straße 77.

Deutscher Holzarbeiter-Berband
Bewaltungsstelle Breslau.
Mittwoch, den 10. Januar, abends 7 Uhr,
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:
Vertrauensmänner-Sitzung
aller Betriebe.
Tagesordnung: Organisationsfragen.
Alle Betriebe, auch die kleinste, müssen vertreten sein. Vertrauensmännerdelegation und Mitgliederbeauftragter mitbringen.
Die Bewaltung.
Befreiung der Winterkohlentarten.
I. Die Karten für die Zeit vom 1. März bis 30. April 1923 dürfen bereits vom 8. Januar 1923 ab befreit werden, und zwar:
A mit je 1 1/2 Jtr. = zusammen 5 Jtr.
B mit je 1 1/2 Jtr. = zusammen 7 Jtr.
C mit je 2 Jtr. = zusammen 8 Jtr.
D mit je 2 1/2 Jtr. = zusammen 10 Jtr.
E mit je 3 Jtr. = zusammen 12 Jtr.
F mit je 4 Jtr. = zusammen 16 Jtr.
G mit je 5 1/2 Jtr. = zusammen 22 Jtr.
H mit je 7 Jtr. = zusammen 28 Jtr.
II. Die befreiten Karten sind mit der nächsten monatlichen Abrechnung an das Büro der Kohlenversorgung einzureichen.
Die Karten und April-Karten werden mit Ablauf des Monats April ungültig und dürfen dann nicht mehr befreit werden.
Präsidentrat. — Kohlenversorgung.

Luna-Park
Breslau-Morgens
Telephon Ring 7502.
Heute Montag
Im Sternensaal
Vorkühler Ball!
Wiener Ballmusik
Folkwang-Orchester

Stadttheater.
Montag 7^{1/2} Uhr:
Feitz-Kainer-Ballett
Dienstag 7^{1/2} Uhr:
Dröphus und Curndite.
Mittwoch 7^{1/2} Uhr:
Stafel und Geziel.

Schauspielhaus.
Dienstag, den 8. Januar 1923.
Montag u. Mittwoch 7^{1/2} Uhr:
Gottspiel **Elise von Castop**
und **Kans Balteux.**
Die **Hedernaus.**
Dienstag u. Freitag 7^{1/2} Uhr:
Gottspiel **Hans Balteux.**
Das **Hollandweibchen.**
Donnerstag 7^{1/2} Uhr:
Gottspiel **Hans Balteux.**
Der **Zigeunerbaron.**
Sonntag 7^{1/2} Uhr:
Gottspiel **Elli Lex.**
Zum 1. Male:
Madame Pompadour.
Sonntag nachm. 8^{1/2} Uhr:
Die Langgräfin.
Sonntag und täglich 7^{1/2} Uhr:
Gottspiel **Elli Lex.**
Madame Pompadour.

Staubung
AMONG HEADS
New York, N.Y.
Letzter Monat 1923
Bender-Revue
Schön sah'n wir aus
Bender, Brass
Holler, Reizer
Blanka, Fischbach
Lefevre

Circus Busch
Tel. 711, Sonnt. a. 3 Uhr.
Genz Breslau spricht
VON JAHRETS-PROGRAMM!
Alte, Saue, Galle
Bross, Schlags & Dreyer etc.
Vorverkauf Breslau
u. Circuskasse.

Dominikaner II
Der große Erfolg ist da!
2 glänzende Gesellschaften 2
in reiz. Familie Herrmann
Die brillante Leberlassen.

Private!
Verm. Ein- u. Verkauf von
Möbeln
wende! Euch an den
Volkspeicher,
Berliner Straße 9,
Gänge-Stelle für Wohnungs-
lose und Flüchtlinge.

Möbel
auf Kredit
einzelne Stücke
ganze Einrichtungen
preiswert u. gut.
Kasovsky & Co.,
Krausenstr. 1.

Parteifreunde
kaufen Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volksmacht

Wohnungen
Zu miete 1 heilige Küche,
1 heilige Bad,
u. Kabinett in Gasse Seg. Dorn,
in etw. größerer in best. Seg.
Df. u. H. 110 a. b. C. d. 318

Kleine Anzeigen
sind kompakt gedruckt einp.
Anzeig. v. Verkauft, Verm.
suchen u. a. nur von Privat.
Jedes Wort 2 M., fett 3 M.

Wohnungen
Zu miete 1 heilige Küche,
1 heilige Bad,
u. Kabinett in Gasse Seg. Dorn,
in etw. größerer in best. Seg.
Df. u. H. 110 a. b. C. d. 318

Städtische Frauenberufshilfe
Gastie Frauenlehre
Rindergarten-Seminar, Malleserstraße 16.
Neben 1923: Beginn neuer Lehrgänge für Gewerbeschreinerinnen
an Fachschulen (Kochen, Hauswirtschaft und Handarbeiten),
technische Lehrstufen (Handarbeit, Hauswirtschaft, Turnen),
Hauswirtschaft, Kammerjungfer, Fremdsprachen, Haushal-
tungskunde, nähere Kurse für alle Zweige des Haushal-
tswirtschaftslehren (S. 1. und 2. Semester), Jugend- und Wirt-
schaftslehre, Jugendberufshilfe, Jugendberufshilfe, Berufs-
beratung. Die Anmeldung für die Ausbildung als Lehrerin
muss unter Einreichung der Personalsperrkarte vom 12. bis
20. Januar 1923 erfolgen. 6098

Städtische Vermittlungsstelle für Wertgegenstände aus Privatbesitz
Droßergasse, Ecke Stodgasse.
Wochentags geöffnet von 10-1 Uhr.
Eröffnung: Montag, 8. Januar.
Zum Verkauf angenommen werden Gold,
Juwelen, wertvolle Möbel, Leinwand, Por-
zellan, Bücher, Zuggegenstände aller Art,
gut erhaltene Wäse, Livrosagen, Kleidungs-
stücke, Lederverkehr.

Verkaufsbeginn:
Donnerstag, den 11. Januar 1923.
Die Festlegung des Wertes der zum Ver-
kauf gelangenden Wertgegenstände erfolgt
nach ehrenamtliche Sachverständige jeder
einzelnen Branche.

Jede Nähmaschine
alte, neue und schadhafte
kauft zu Höchstpreisen
Wienziens, Größelener Str. 45.

Amerika
nischen Heeresbeständen
Militärstiefel
tadellos instandgesetzt,
manche so gut wie neu,
Mk. 6000.—
per Nachnahme oder Voreinsendung
auf Postcheckkonto Breslau 64213.
H. Steinwartz
Löwen (Schlesf.).

Säcke
und **Almetalle**
kauft zu höchsten Tagespreisen
Friedrich & Co., Breslau, Lessingstr. 5

Druckerei Volksmacht
Moderne, zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Druckarbeiten
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Für Händler und Wiederverkäufer
Schaftstiefel
Schuhe für Arbeiter
schnallen- und Schnürstiefel
in Filz mit Lederbesatz
Schuhe in verschiedenen Ledersorten
Schuhe fürs Haus und Pantoffel
Schuhhaus Friedmann
Breslau, Nikolaistraße 56.
Verkauf nur ab Lager.

Wir empfehlen:
Vorwärts-Almanach
1923
Rest-Auflage 60.— Mk.
Nur solange Vorrat!
Volksmacht - Buchhandlg.,
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Arbeitsmarkt
Zeitungsträgerinnen
gesucht
für alle Stadtteile (außer Nikolaitor)
Mindestlohn 940 Mark,
ebenso eine für
Stabelwitz (bei Deutsch Biffa).
Expedition der "Volksmacht", Flurstr. 4/6

Elektromonteur
sofort gesucht.
Herz & Co.
Gneisenaustraße 15.

Stoffm.-Jaden, I. Teil
Räherinnen gesucht
bei **Grub, Rosenhald**
Str. 29, 3. Etage.
Saubere, fleißige Arbeiterinnen
auf Breches u. gewöhnl. Stoffen
sind bei Wasserlostraße 17.